

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Verordnungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepatente Koloniel-
 stelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 30 Pf. Inserate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigensprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 5. April 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Enthüllungen der Revisionsenquete.

Paris, 3. April.
 Wie ein Blitz aus heitrem Himmel, hat die Veröffentlichung der Revisionsenquete in die Reihen der Generalsabsparteien eingeschlagen. Ihr Himmel hatte sich ja in der letzten Zeit wieder so schön aufgeheitert. An Stelle der dem Generalstab verdächtigen, weil pflichttreuen Kriminalkammer wurde das Gelegenheits-Revisionsgericht des gesamten Kassationsgerichtshofes eingesetzt. Und der erste Beschluß des Gelegenheitsgerichts, die Zulassung der drei gegen die Revision vorgegangenen Kassationsräthe, schien die endgültige Rettung der militärischen Verbrecher verbürgen zu sollen.

Die Veröffentlichung der gesamten Revisionsenquete, die jetzt im „Figaro“ Tag für Tag nach den authentischen Untersuchungsakten der Kriminalkammer vor sich geht und, trotz der angeordneten gerichtlichen Verfolgung, zu Ende geführt werden wird, stellt die schönsten Hoffnungen der Generalsabsparteien ernstlich in Frage. Der Hauptzweck des Ausnahmegesetzes gegen die Revision ist bereits bereit: die gefährliche Enquete ist nicht mehr zu verheimlichen oder zu verfälschen. Und der Umstand, daß sie vor den Revisionsverhandlungen des Kassationshofes dem Publikum bekannt wird, ist ganz besonders geeignet, ein rechtswidriges Urteil zu verhindern. Die Gelegenheitsrichter werden sich zweimal befinden, ehe sie die aufgellarte Öffentlichkeit herausfordern.

Schon die bisher im „Figaro“ veröffentlichten Aktenstücke sind ein tödlicher Schlag für den Generalstab. Das trifft in gewissem Sinne selbst auf die Aussagen Cabaignac's, des Mundstückes der Verbrecher, zu.

Es ist nicht etwa die Kriminalkammer, sondern das militärische Disciplinargericht in Sachen Esterhazy (Ende August 1898), das in seinem Verhandlungsprotokoll den Beweis liefert 1. für die verbrecherische, mit verbrecherischen und infamen Mitteln betriebene Rettungsaktion des Generalstabes zu Gunsten Esterhazys, und 2. für die Furcht des Generalstabes vor Esterhazy. Und was im Protokoll, das vorzüglicher Weise keine stenographische Aufnahme der Verhandlungen ist, dunkel bleibt, das wird aufgeklärt durch die stenographische, vom Zeugen selbst diktierte und unterzeichnete Aussage Du Paty de Clams vor der Kriminalkammer.

Die neulichen Enthüllungen Esterhazys sind damit militäramtlich bestätigt, wenigstens in allen wesentlichen Punkten, und darüber hinaus werden neue blendende Lichtstrahlen auf den Schmutz und die Mäulnis des Militärkollens geworfen.

Wir wollen hier nur das Neue herausgreifen.
 Esterhazy wurde vor dem Disciplinargericht überführt, sich finanziell an einem Supplerinnen-Geschäft beteiligt zu haben. Außerdem bediente er sich der Vorsteherin dieses Geschäfts, um seinem Neffen Christian eine reiche Heirat zu verschaffen. Es genigte ihm nicht, denselben Neffen um 40000 Fr. betrogen zu haben. Er wollte ihn auch noch an eine nur mit Hilfe einer Supplerin unter die Haube zu bringende Frauensperson verschachern, um von der reichen Wittig zu profitieren. Der militärische Richterstatler zittert die Instruktion Esterhazys an die Supplerin, worin betrefis der Braut die Vereiskhaft erklärt wird, „über alle möglichen skandalösen Dinge hinwegzusehen, wenn sie nur nicht aller Welt in die Augen stechen“.

Und doch hat das Disciplinargericht Esterhazy von der Anklage der „Verstoße gegen die Ehre“ mit vier gegen eine Stimme freigesprochen! Man kann gern annehmen, daß die disciplinargerichtlichen Vertreter der „Armees-Ehre“ diese Infamie nicht begangen hätten, wenn sie die Veröffentlichung des Protokolls befürchtet hätten. Das macht aber ihr Votum noch niedriger.

Ferner wurde Esterhazy einstimmig von der Anklage „eines schweren Verstoßes gegen die Disciplin“ freigesprochen. Außer den Hebartikeln Esterhazys in der „Libre Parole“ lagen dieser Anklage zu Grunde namentlich dessen Drohbriese an den Präsidenten Flegel sowie an der, deren Zweck war, den Präsidenten zur thätigen Mithilfe an der Rettungsaktion des Generalstabes zu zwingen.

Wohlgemerkt, die Briese datieren aus einer Zeit, wo die öffentliche Verratsbefuldigung gegen Esterhazy noch nicht erfolgt war!

In dem Briese vom 29. Oktober 1897 wird dem Präsidenten gedroht mit der Einmischung des deutschen Kaisers. In dem Briese vom 31. Oktober 1897 demut Esterhazy das ihm vom Generalstabe ausgelieferte „allergeheimste“ Dokument (so canaille de D.), um dem Präsidenten mit der Veröffentlichung der gefährlichen Dokumente zu drohen. In dem letzten Briese vom 5. November 1897 wird die angebliche Tragweite dieser Drohung dem Präsidenten auseinandergesetzt: Das Dokument „ist eine Gefahr für mein Vaterland, weil dessen Veröffentlichung nebst dem Facsimile der Handschrift Frankreich zwingen wird, sich zu demütigen oder den Krieg zu erklären“.

In diesen Drohungen, in dieser Erpressungskampagne eines aktiven französischen Offiziers gegen den Präsidenten der Republik, den verfassungsmäßigen Oberherrn der Armee, hat das Disciplinargericht einstimmig keinen „schweren Verstoß gegen die Disciplin“ erkannt. Das ist die unvermeidliche Folge des erwiesenen Umstandes, daß die Erpressungskampagne durchweg vom Generalstabe aus geleitet wurde. Esterhazy hielt also vielmehr treue Disciplin, in dem er auf Befehl bezw. Anweisung seiner militärischen Vorgesetzten Kriminalverbrechen beging.

Esterhazys Ausschluß aus dem Heere erfolgte lediglich wegen „getrohnheitsmäßigen schlechten Betragens“, wessen ihn das Disciplinargericht mit drei gegen zwei Stimmen für schuldig erkannte. Das war seitens des Gerichts ein Kompromiß zwischen dem Gehorsam gegenüber dem Generalstab und dem Gehorsam gegenüber dem Kriegsminister Cabaignac, dem Urheber der Disciplinaraktion.

Bemerkenswert ist noch die Haltung des Generals Jurlinden, des bisherigen Militär-gouverneurs von Paris. Er plädierte bei Cabaignac um „Rachricht“ für Esterhazy. Er berief sich dabei auf „Geflohnheiten der Armee“, einen Offizier nicht disciplinär zu bestrafen, wenn er nur mit drei gegen zwei Stimmen verurteilt wurde. Zum allermindesten verlangte der General die „loyale“ offizielle Anerkennung, daß Esterhazy, der Suppler, nicht gegen die Ehre verstoßen habe!...

Wie mit der parlamentarischen Verwertung der Fälschungen Henry's, so hat der durch Ehrgeiz und Reichthaberei geblendete

Cabaigmac auch mit der Disciplinaraktion gegen Esterhazy — seiner Absicht zuwider — den hochgestellten Verbrechern das Spiel verboden.

Die Disciplinaraktion hat, von Esterhazys späterer Rache abgesehen, sofort Cabaignacs Vetter, den Oberst Du Paty de Clam, militäramtlich entlarvt als den nächsten Urheber der Erpressungskampagne gegen den Präsidenten. Du Paty aber suchte seinerseits Rückendeckung hinter den höheren Chef, den Generalen Gouze und Boisdeffre, dem Unterchef und dem Chef des Generalstabes. Da erlähmte der „unbeugsame“ Arm Cabaignacs. Uebrigens schonte er in Du Paty auch seinen Verwandten. Erst sein Nachfolger, General Jurlinden, verfügte auf des Drängen des Kabinetts Brissou die Verurteilung Du Patys „zur Disposition“. Dem Verlangen des Kabinetts aber nach Verurteilung Du Patys mindestens vor ein Disciplinargericht widersehte sich auch Jurlinden, und zwar mit Erfolg.

In seiner Aussage vor der Kriminalkammer belehrt uns Du Paty über die Gründe dieser Rachricht. Er nannte ausdrücklich den General Gouze und indirekt, aber deutlich, den General de Boisdeffre als seine Hintermänner. Zugleich warnt er gleichsam seine Chefs vor etwaigen Gelüsten, ihn zum Sündenbock zu machen. Nicht nur Esterhazy, auch er ist im Besitze von kompromittierenden Papieren: er hat nämlich einen ihm von Gouze zu Händen Legenas, des Verheißung Esterhazys, anvertrauten Artikel, der in die Presse lancirt werden sollte, einfach in der Tasche behalten. Er war gerade, so erzählt er unerschrocken, „durch Unwohlsein verhindert“, den Artikel zu übermitteln. Aber „der Artikel existiert noch, und ich brauche nicht anzudeuten, wo ich ihn unterbringen zu sollen geglaubt habe“!... Der Artikel befindet sich nach den Ermittlungen der Kriminalkammer in sicherem Gewahrsam in Brüssel.

Deshalb bleibt Du Paty bis heute auf freiem Fuß und Officier a. D., was selbst den rabiaten Armeeverehrer Cabaignac, den Chefredacteur der donapartistischen „Autorité“ mit Entrüstung erfüllt. Er schreibt zu den Enthüllungen des „Figaro“ u. a.: „Wenn der Kriegsminister seine Pflicht thäte, wäre Du Paty heute Abend im Gefängnis.“ Getroch, aber mit ihm müßten die „Chefs“ ins Gefängnis wandern — das ist der Haken!

Viel schweigsamer ist Du Patys Aussage über die Gründe, warum gerade er, der er nicht zum Informationsbureau des Generalstabes gehörte, zum thätigen Vermittler zwischen Esterhazy und dem Generalstab auserwählt wurde. Sollte seine Eigenschaft als Untersuchungsrichter im Dreifus-Prozess die Wahl bestimmt haben? Sollte der Wunsch maßgebend gewesen sein, Henry, dem „alten zwanzigjährigen Freund“ Esterhazys, eine weitere schwere Kompromittierung zu ersparen? Du Paty äußerte sich hierüber geheimnißvoll: „Meine Chefs handelten nach Gründen, die ich nicht kenne. Ich wiederhole, ich glaube nicht, hier die Gründe höherer Ordnung würdigen zu sollen, denen ich gehorcht habe.“

Hingegen entschloßte sich ihm vor dem Disciplinargericht das Geständnis, daß die zuvorkommende Rettungsaktion zu Gunsten Esterhazys (im Oktober und Anfangs November 1897) dem Wunsch entsprang, Esterhazy vor den Wirkungen einer unerwarteten öffentlichen Verratsbefuldigung zu behüten. Du Paty sagte wörtlich: „Das bedeutete für Esterhazy Selbstmord oder Flucht, und es galt, beides zu verhüten“... Man kann nicht deutlich eingestehen, daß der Generalstab von Anfang an wissentlich einen Landesverräter in Schutz genommen hat.

Aus der sehr laconischen Aussage Dupuy's ist das Geständnis hervorzuheben, daß er in den Wandelhallen der Kammer in einem Gespräch mit einigen Abgeordneten über die Fälschungen Henry's, Esterhazys und Du Patys, sowie über die Urheberchaft des Vorderbaus sich wie folgt geäußert hat: „Ich frage mich, ob wir nicht 1894 (als er Ministerpräsident zur Zeit des Dreifus-Prozesses war) die Opfer einer Misifikation gewesen sind“. Das hindert ihn freilich nicht, die Urheber der „Misifikation“, wie er zart das Justizverbrechen nennt, mit den struppelosesten Mitteln vor der verdienten Strafe zu retten.

Cabaigmacs Aussage ist eine getreue Ableitung der ihm von seinen Untergebenen, dessen Werkzeug er war, eingetrichterten Lektion. Sie ist vor allem ein weiterer Beweis der unsäglichen Verbohrtheit des Mannes, der den plumpen Fälschungen Henry's auf den Leim gegangen war. Mit seinen Schuldbeweisen gegen Dreifus hat er viel zu viel bewiesen. Die logische Folge aus seinen Ausführungen ist nur, daß der Verfasser des Vorderbaus einen Mitschuldigen im Generalstabe haben müßte. Diese Schlussfolgerung drängt sich seit langem jedem Klarschauenden auf. Und man muß Cabaigmac sein, um den ungläublichen Satz auszusprechen, daß selbst wenn mir bewiesen würde, daß das Vorderbaumaterial von Esterhazy geschrieben wurde, ich nichtsdestoweniger erklären würde, daß es in meinen Augen unmöglich sei, daß Esterhazy die im Vorderbau enthaltenen Informationen geliefert haben soll!... Dabei sind Cabaigmacs militärtechnische Beweise, insofern sie Esterhazy entlasten sollen, schon im Prozeß Pola als haltlos erwiesen worden.

Die weiteren Dokumente der Revisionsenquete können nur den Nachweis verstärken, daß der Landesverräter, Fälscher, Gauner, Zuhälter und Suppler, Major und Graf Esterhazy, Mitschuldige im Generalstabe hatte, Mitschuldige, die so oder anders bis zum früheren Generalstabschef de Boisdeffre hinaufreichen.

Politische Ueberführt.

Berlin, den 4. April.

Staatliche Versicherung gegen Streikschiiden.

Es ist bekannt, daß die Gründung des Bundes der Industriellen, die „Industria“, „Versicherungsgesellschaft gegen Verluste durch Arbeitseinstellungen“ bald nach der Gründung ihr durch keine Thaten beschwertes Dasein wieder ausschachte. Am 28. Oktober 1897 erstand sie in Berlin. Auf 5000 Aktien à 1000 Mark gegründet, war ihr Zweck „die Gewährung von Versicherungen gegen Verluste, welche durch Arbeiterstreiks dem Betriebsunternehmer zugefügt wären“. Sie sollte denjenigen Schaden ersetzen, den der Versicherte durch einen Streik erlitt und zwar auf die Dauer von 4 Monaten. Die Entschädigung sollte sich u. a. erstrecken auf

den Ersatz der laufenden Generalunkosten, Gehalte und Löhne, des Verlustes an Material und auf Ersatz verfallener Konventionalstrafen.

Es dauerte kaum 1/4 Jahr; am 7. Juli 1898 beschloß das Gründungskomitee die Auflösung der Gesellschaft. Warum? Das erfuhr die Oeffentlichkeit nicht. Die Gründe werden dargelegt in dem der Generalversammlung des Bundes der Industriellen für das Geschäftsjahr 1897/98 vorgelegten Jahresbericht, der kürzlich im Druck erschienen ist.

Erfolg der Verluste durch Streiks wäre wohl allen Unternehmern angenehm gewesen, aber kosten wollten sie es sich nichts lassen; namentlich die größten, die am meisten hätten zahlen müssen, wollten nicht anbeigen. Der genannte Bericht sagt darüber:

„Die Auflösung der „Industria“ mußte vor allem deswegen erfolgen, weil, je mehr Zeit über die Gründung verging, dem Gründungskomitee desto deutlicher wurde, daß man sich in dem Interesse des Solidaritätsgefühls der Arbeitgeber unter einander getäuscht hatte. Von Woche zu Woche, von Monat zu Monat suchte man mit immer neuen Anstrengungen das Interesse der Arbeitgeber zu gewinnen, man scheute nicht vor ausgedehnten Reisen und Besuchen bei einzelnen großen Industriellen und den verschiedensten industriellen Verbänden zurück; an vielen Stellen empfing man wohl die Ausdrücke der Sympathie, an den wenigsten aber eine thätige Mitwirkung und Unterstützung. Unter diesen Umständen sah die Mehrheit des Gründungskomitees ein weiteres gedeihliches Wirken nicht mehr voraus, und mußte zur Auflösung der Gesellschaft schreiten.“

Aus dem Bericht erfahren wir übrigens auch die interessante Thatsache, daß die königlich preussische Regierung bei dieser Gründung die Hand im Spiele hatte. Daher kann es auch nicht verwundern, wenn in dem heute bei uns so beliebten Euphemismus das Unternehmen von seinen Vätern so bezeichnet wird, daß es dem „Schutze der Arbeitswilligen“ dienen sollte. Die braven Arbeitswilligen scheinen den Industriemagnaten aber doch nicht allzu viel wert zu sein; jedenfalls mochten sie es sich kein Geld kosten lassen; wohl in der sicheren Erwartung, daß sie ihr Ziel unter dem Zuchthausurtheil billiger erreichen könnten.

Wenn sich die unbemittelten Arbeiter aus eigener Kraft Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit geschaffen haben, so sollte man meinen, würde es auch den Unternehmern gelingen, sich gegen Arbeiterlosigkeit zu versichern. Indessen die Großindustriellen empfehlen — nach dem Funkenrezept — die Selbsthilfe nur den Schwachen, für die sie Staatshilfe unmoralisch finden. Für sich selbst aber halten sie die Selbsthilfe unmoralisch — kostspielig und laufen lieber zum befreundeten Ministerium, um von der gesetzgeberischen Macht ihre Interessen fördern zu lassen, für sie ist Staatshilfe gleichbedeutend mit der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Die Herren lassen sich ja auch ihren Militär- und Marinepatriotismus wohlweislich von — anderen bezahlen. So ist es nicht verwunderlich, wenn sie die ihnen obliegende Aufgabe, die durch ihren eigenen socialpolitischen einseitigen Egoismus entstandenen Schädigungen selbst auszugleichen, jetzt dem Staat anheimen. Die Zuchthausvorlage erscheint damit in der Tendenz der Großindustriellen als eine staatliche Versicherung der Unternehmer gegen Streikschiiden.

Grober Unfug der Himmeldröchtung.

Das Berliner königliche Polizei-Präsidium, Abteilung für Uebertretungen, hat eine Strafverfügung von 5 Mark gegen einen Arbeiter erlassen, der am 18. März einen Kranz mit roter Schleife auf der Strafe getragen hat. Das Delikt des groben Unfugs wurde darin erblickt, daß er den Kranz nicht direkt nach seinem Bestimmungsort, dem Friedhof an Friedrichshain, getragen hat, sondern in entgegen gesetzter Richtung.

So wandelt sich im heutigen Polizeistaat die Tugend in Verbrechen, je nachdem einer links oder rechts um die Ecke biegt. Wäre der Unglückliche geradenwegs nach dem Friedhof gewandert, anstatt erst nach der Arbeitsstätte zu gehen, um von dort Kollegen abzuholen, so wäre er dem Verbrechen des groben Unfugs nicht verfallen.

Die Gulbigung für die Märzgefallenen ist kein grober Unfug, im Gegenteil. Die Polizei hält darüber Wacht, daß sie so frühzeitig wie möglich erfolge und ja nicht auf Um- und Abwegen.

So löst sich auch das Rätsel der Nichtbestätigung des Bürgermeisters Kirchner. Er ist nicht direkt nach dem Friedrichshain gegangen, sondern unklüffig erst in entgegen gesetzter Richtung nach „den Linden“ zu gepilgert. Damit aber hat er sich „vergangen“.

Wie sehr hat man doch die Polizei verkannt! Man hielt sie bisher für eine Feindin der Märtyrer im Friedrichshain. Jetzt aber hat sie bewiesen, daß sie, wenn auch wider Willen, streng darüber wacht, daß der Zoll der Dankbarkeit und Verehrung um keine Minute zu spät den Selben der Freiheit entrichtet werde.

Deutsches Reich.

Note Otern. Die frömmsten Osterartikel brachte in früheren Jahren die „Kreuz-Zeitung“. Niemand beherrschte die Technik der „Salbung“ so blendend, wie der Frhr. v. Hammerstein. Seitdem dieser Herrliche dem Verufe des frommen Feilschreibers für einige Zeit entzogen, fehlt dem Blatte der rechte Geist, zumal es den

heiligen Paasche noch nicht als Mitarbeiter für die hohen Festtage gewonnen zu haben scheint. Ueber diesen Mangel eigenen christlichen Geistes sucht das Blatt durch eine Kritik an den Osterartikeln der sozialdemokratischen Presse hinwegzutrotzen. Sie findet es fürchterlich lächerlich, daß wir in unserer Weise „rote Oftern“ feiern und das christliche Mythen „umdeuten“.

Die „Kreuzzeitung“ sollte sich doch freuen, daß wir hartgesottenen „Religionsfeinde“ und „Christenverächter“ das tiefste Mythen in unsere Welt hineinbringen, und an Umdeutungen sollte sie am allerwenigsten Anstoß nehmen, die für die altgermanischen Umdeutungen der christlichen Legenden so sehr begünstigt ist. Zudem: Umdeutungen der evangelischen Geschichte sind auch die Frühmaler-Ergüsse der Jungvorkultur, nur daß diese — im Gegensatz zu den unsrigen — heuchlerische, politisch-spekulative Verzerrungen sind, die die historische Wahrheit unter dem Schein der Berechnung verbergen. —

Verirrungen zur — Wahrheit. In den „Vurfchenschaftlichen Blättern“, dem Organ der deutschen Vurfchenschaften, kommen bisweilen altmodische Erscheinungen zu Wort, die den ehemaligen burfchenschaftlichen Idealismus gegen den neudeutschen Geist gedankenloser Streber herauszubehaupten suchen. So äußert sich neuerdings ein Germanicus:

„Die sich täglich rüchichtsloser vordrängenden Interessen der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels, des Handwerkes gegen dieser Partei-zusammenfassung des letzten Rest. Was die weltlichen Hospitanten der Ultramontanen, die elsaß-lothringischen Ultramontanen, die Protektionisten und Autonomisten, die Polen und Dänen nach der anderen Richtung ganz offen erstreben, erscheint uns im Vergleich dazu sogar minder gefährlich.“

Die „Post“ ist außer sich über diese „Verirrungen“ an sonst so wohlgeleiteter Stätte. Sie kann sich beruhigen; der alte Herr wird unter den Jungen keine Nachfolge finden, die werden unentwegt die nationale Fahne hoch halten und mit Heißa und namentlich Currah den Weg zur Staatskrippe aufwärts gleiten. Dabei merkt die „Post“ nicht einmal die schlimmste Sünde des Germanicus: Die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter hat er nicht getobt! —

Die neue Militärvorlage, in der die 7000 Mann nachgefordert werden, wird von der „Möln. Ptg.“ bereits für den nächsten Stat angekündigt. Die Regierung hat es sehr eilig, dem Zentrum den „Nachweis“ der Notwendigkeit zu erbringen. —

Internationale Arbeiterschuh-Konferenz. Anfang Mai wird in Berlin eine Verammlung stattfinden, einberufen von „Freunden des Arbeiterschuhes“, den Herren v. Rottenburg, Brenano u. f. w., welche sich mit einer Vorlage des von der Brüsseler Arbeiterschuh-Konferenz eingesetzten Komitees zu befassen hat. Dieses Komitee erhielt die Aufgabe, ein Statut für Errichtung einer internationalen Arbeiterschuh-Gesellschaft zu entwerfen, die sich die Aufgabe stellt, die Arbeiterschuh-Gesetzgebung in den einzelnen Ländern zu fördern und zu unterstützen. Man ging hierbei von der Anschauung aus, daß zwar ein internationales Bureau den gewollten Zweck, die Betrachtung der Arbeiterschuh-Gesetzgebung vom internationalen Gesichtspunkte aus zu fördern, am besten zu erreichen geeignet sei, daß man sich daher prinzipiell der Schweizer Regierung und den Anträgen des Züricher Kongresses anschließen könne, daß aber, wie die bisherigen Erfahrungen zeigten, zur Zeit dies nicht zu erreichen sei, und daß ein auf privater Initiative beruhendes internationales Institut immer noch besser sei, als keines, insbesondere wenn es gelungen sollte, die Regierungen zur Beteiligung an einem solchen zu bewegen. Das Komitee, bestehend aus drei belgischen Teilnehmern des Kongresses, hat sich nunmehr seiner Aufgabe entledigt durch Vorlage eines Entwurfs von Statuten einer internationalen Vereinigung für den Fortschritt der Arbeiterschuh-Gesetzgebung mit dem Sitz in Brüssel. Die erwähnte Verammlung soll nun entscheiden, ob die deutschen Sozialreformer sich an diesem internationalen Arbeitsamt beteiligen sollen oder nicht. —

Zur Uebnahme der Landeshoheit über das Schutgebiet von Deutsch-Neu-Guinea durch das Reich sind eine Reihe Verordnungen erlassen, welche die von der Neu-Guinea-Compagnie ausgeübten Vermögensrechte auf den Landesfiskus übertragen und regeln.

Mit neuen Ausweisungen gegen Russen geht die preussische Regierung vor. Drei russische „Unterthanen“ polnischer Nationalität: der Electrotechniker Joseph Czajkowski aus Kielce, der Buchhalter und Korrespondent Eugen Barczal aus Ploz und der Kaufmann Johannes Wroblewski aus Warschau sind aus Berlin und dem preussischen Staatsgebiete ausgewiesen worden. Czajkowski war seit zwei Jahren bei einer der ersten electrotechnischen Firmen Berlins beschäftigt, Barczal bei derselben Firma seit neun Monaten als polnischer Korrespondent, während Wroblewski Agentengeschäfte betrieb. Vorige Woche fanden in den Privatwohnungen der gedachten Personen gründliche Hausdurchsuchungen statt. Unmittelbar darauf erhielten die drei Personen die behördliche Weisung, binnen 48 Stunden Berlin zu verlassen. — Die Gründe der Regierung zu diesen neuen Ausweisungen sind nicht bekannt.

Die Haftung für Amtverletzungen der Beamten dem Publikum gegenüber ist jetzt in Bayern geregelt. In dem bayerischen Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch heißt es unter andern:

„Verletzt ein Beamter des Staates, einer Gemeinde oder eines anderen Kommunalverbandes in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft dem Dritten gegenüber die im § 889 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmte Verantwortlichkeit an Stelle des Beamten den Staat oder den Verband, in dessen Dienst der Beamte steht. Bei den Amtsgeschäften der Gerichtsbeamten gilt dies auch für die Verletzung der Pflichten gegenüber dem Auftraggeber. Der Beamte hat dem Staat oder dem Verband, in dessen Dienste er steht, den Schaden zu ersetzen, der dem Staat oder dem Verband aus der Verletzung der Amtspflicht entsteht.“

Es ist eine ganz selbstverständliche Pflicht des Staates, für die Schäden aufzukommen, die durch seine Beamten verursacht werden. Aber da im Deutschen Reich bisher diese Pflicht fast nirgends anerkannt wird, so gebührt den Staaten, die in der Anerkennung dieser Pflicht vorangehen, allerdings ein gewisses Verdienst. Preußen befindet sich unter diesen vorangehenden Staaten nicht — wie es scheint, nicht einmal unter den nachfolgenden. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Colmar i. G. hatte sich der neunzehnjährige Schlossergeselle August Ferdinand Schläpfer, bisher unbescholten und nicht vorbestraft, wegen Beleidigung des Kaisers zu verantworten. Am 4. März fand in Paris das Mütterungsgericht statt, bei dem auch der Angeklagte erscheinen mußte. Er hatte vorher mit seinen Kameraden in einer Reihe von Wirtshäusern herumgezogen, wie es bei diesem Anlaß üblich ist, und betrat nun in stark angetrunkenem Zustande den Saal, wo der Aufruf der Stellungspflichtigen stattfand. Dort benahm er sich ungebührlich, pöbste und lang, und als man ihn zur Ruhe vertoies, ließ er eine unsfähige, den Kaiser betreffende Äußerung fallen. Vor Gericht entschuldigte er sich mit seinem Zustand der Betrunktheit und beteuerte, von der ihm zur Last gelegten That nicht das Geringste zu wissen. Das Urteil erkannte ihn trotzdem der Majestätsbeleidigung für schuldig und setzte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von drei Monaten fest.

Zu dem kriegerischen Vorgehen der Deutschen in China wird heute berichtet, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der deutschen Gesandtschaft und dem Tjung-li-Yamen fortbestehen,

trotz der Thatsache, daß ein bewaffnetes deutsches Detachement auf dem Marsche durch chinesisches Gebiet ist, um Tschau zu besetzen. Noch weiß man nicht, ob das Detachement dort bereits eingetroffen ist. Von chinesischer Seite verlautet, man werde keinen Widerstand leisten. — **Li-hung-shang** hatte Sonntag eine lange Audienz bei der Kaiserin-Witwe; er wurde mit großer Auszeichnung empfangen.

Ueber die Ursache des neuesten Vorgehens Deutschlands in Süd-China wird noch gemeldet: Vor allem sei es das durch die Ueberfchwemmungen des Gelben Flusses hervorgerufene schreckliche Elend, welches die Gährung in der Bevölkerung verursacht. Das Vorgehen der Deutschen habe in Peking große Verurteilung hervorgerufen. Die Behörden wünschten alles, was den Ursprung zu Reibungen bilden könnte, zu beseitigen, da sie eine weitere Ausdehnung der deutschen Verwaltungssphäre fürchten; so seien ganz plötzlich drei Gerichtsbeamte abgesetzt worden. Der Umstand, daß fast das gesamte deutsche Gesandtschaftspersonal bei Kwantchou liegt, werde als ein Anzeichen dafür angesehen, daß Operationen bevorstehen. —

Ausland.

Einweihung des Neuen Volkshauses in Brüssel.

Brüssel, den 3. April. Zu einem großartigen nationalen und internationalen Fest gestaltete sich die Einweihung des neuen Maison du Peuple. Das alte, das manchem unserer Leser bekannt ist, war zu klein geworden, und ein neues großes „Volkshaus“ wurde erbaut, mit Räumen für die Gewerkschaften, für alle Zwecke der organisierten Arbeitererschaft und unter andern auch mit einem Versammlungssaal, der bequem 5000 Personen faßt. Auf Oftern wurde die Einweihungsfeier feierlich. Am Abend Vorfeier, Sonntag Hauptfeier, Montag als Krönung des ganzen noch ein internationales Meeting. An die Socialdemokratie aller Länder waren Einladungen ergangen, denen besonders von Seiten der französischen Genossen zahlreiche entsprochen ward. Aus Deutschland und England konnte niemand zugegen sein, weil die Partei-Arbeit gerade auf Oftern dort sehr stark ist. Dafür wird Ende Mai, wenn die Konferenz zur Vorbereitung des internationalen Arbeiterkongresses in Brüssel tagt, eine zweite internationale Ausdehnung stattfinden, bei der Deutschland und England vertreten sein werden.

Ueber die Einweihungsfeier erhalten wir folgenden Bericht. Am Samstag war der Renbau für das Fest fertiggestellt und zogen unsere Genossen unter Musik und Gesang mit den Fahnen der verschiedenen Organisationen bei Tagelicht durch die Straßen der Stadt. Es war ein imposantes Schauspiel, in welchem die begeisterten Ideen des Socialismus von der Kraft des alten Volkslebens getragen wurden. Aus der Masse der Stundbilder und Inschriften sei die rote Fahne erwähnt, die das Maison du Peuple darstellt und darunter die Worte: Das Volkshaus spendet das Brot des Lebens und der Wissenschaft. Das Volkshaus hat beinahe eine der größten Bäckereien Belgiens. Ein frühliches Beisammensein im Volkshaus befolgte die Vorfeier. Den anderen Morgen, Ofternsonntag, wurde es früh lebendig auf den Straßen. Von allen Seiten strömten die Arbeitervereine, Gewerkschaften und die Abordnungen aus hunderten von belgischen Städten und Dörfern, mit Fahnen und klingendem Spiel nach ihren Sammelpunkten. Auch Kindertruppen, und die Strikenden von Caustinos. An den Bahnhöfen werden die Gäste empfangen. Die ersten sind die „Pariser“, die, Jambes in ihrer Mitte, etwa 100 Mann stark, bald nach 6 Uhr eintreffen und mit stürmischem Jubel begrüßt werden.

Um 1/11 Uhr haben alle Gruppen und Abteilungen ihren Platz eingenommen und um 11 Uhr setzt sich der endlose Zug in Bewegung — alles was nicht mitgeht, schaut zu, jubelt zu. Alles mit Ausnahme der armen Soldaten, denen das Zusehen verboten war. Die Zahl der organisierten Teilnehmer wird auf 20 000 geschätzt — die der unorganisierten, die ohne Fahnen mit- und nachmarschierten, dürfte kaum niedriger sein. Unter dem Gesang der Marseillaise erreichte der mächtige Zug das Volkshaus, in das nur Abordnungen eintreten konnten. Kurz nach Mittag versammelten sich etwa 6000 Personen in dem Versammlungssaal und den anderen Räumen, und nun erfolgte unter dem Gesang einer eigens gedichteten und komponierten Hymne die Eröffnung und Einweihung, worauf unter dem Vorsitze Wanderbelde's die Festversammlung begann. Unter den Rednern war Jambes. Wanderbelde gab einen Bericht über die Geschichte der Arbeiterbewegung in Belgien. Am Abend wieder Illumination, Feuerwerk, Tanz und festliches Beisammensein.

Am Montag war wieder eine Massen-Volkshausversammlung, in der hauptsächlich der internationale Charakter der socialistischen Bewegung betont ward. Dann Festspiele, Belustigungen aller Art und natürlich ein Ball.

Die Stimmung war eine gehobene und wer noch geäußelt hat, daß die Socialdemokratie das belgische Volk ist, der hat sich bei dieser großartigen Feier von seinem Irrtum überzeugen können.

Schweiz.

Bern, 2. April. (Eig. Ber.) Dem „Bund“ wird gemeldet, daß das Fräulein Johanna Elverstrichen vom Adolaten Aebi „nur“ die Summe von 67 000 Fr. fordert und zwar 8000 Fr. für Vorauslagen an und für Frau Aebi, 9000 Fr. für derselben getwidmete Krankenpflege und 50 000 Fr. für entgangenen Verdienst, welcher dem Fräulein zugemessen wäre, wenn es Aeztin geworden und nicht in den Ehecheidungsprozess der Eheleute Aebi verwickelt worden wäre. Gutem Vernehmen nach soll noch ein Hauptposten vergessen worden sein, nämlich 100 000 Fr. für entgangenes Ehegeld, zu dem das Fräulein infolge der Inanspruchnahme durch die Affaire, die seine ganze Zeit absorbierte, nicht gekommen ist. Sollte es auch später nicht dazu kommen, so bleibt eine weitere Forderung von noch einmal 100 000 Fr. vorbehalten. —

Frankreich.

Paris, 2. April. (Eig. Ber.) Das Budget für 1899 ist von der Deputiertenkammer votirt worden — mit drei Monaten Verspätung gegenüber dem ordnungsmäßigen Datum, an welchem es von beiden Kammern hätte votirt werden sollen. Der Senat wird die Budgetberatung erst nach den Ofterferien in Angriff nehmen, d. h. in der ersten Hälfte des Monats Mai. Es ist daher fraglich, ob das Budget Ende Mai zu stande kommt, ob die bewilligten fünf provisorischen Zwischel ausreichen werden. Eine solche Verspätung ist noch nicht vorgekommen. Sie ist zum Teil die Folge der Verlegung der Kammerwahlen vom Herbst ins Frühjahr, welche zuerst für die gegenwärtige Legislatur in Anwendung kam, zum Teil die Folge der Dreifus-Krise.

Die socialistische Fraktion stimmte — mit Ausnahme von zwei Mitgliedern, die sich der Abstimmung enthielten — gegen das Budget. Genosse Vaillant gab in ihrem Namen folgende Erklärung ab:

„Keine der von der Arbeiterklasse, vom Socialismus verlangten wichtigen Reformen ist im Budget eingeschrieben. Weder das Recht auf Erntenzug, noch das Recht auf Arbeit, noch der Arbeitererschutz sind durch das Budget garantiert, ebenso wenig wie durch die Verfassung. Wir haben weder die Ersetzung der stehenden Armeen durch die Nationalmiliz erlangen können, noch die Abschaffung des Kulturbudgets, noch die Einrichtung von öffentlichen Diensten und der Arbeiteremancipation vorbereitenden Organisation der nationalen Arbeit, noch die Steuerreform — mit einem Wort, keine einzige der demokratischen, republikanischen, proletarischen und socialen Reformen, welche die Socialisten ohne Unterlaß verlangen. . . . Unter diesen Umständen bleibt das Budget die administrative und finanzielle Rechnung des reaktionären und kapitalistischen Regimes, das wir zerstören und umgestalten wollen. Die Socialisten müssen daher gegen das Budget stimmen, gegen ein Budget, das nicht einmal republikanisch ist.“

Der Schutz des gewerblichen Eigentums für die zur Pariser Weltausstellung von 1900 zugelassenen Gegen-

stände wird durch einen Gesetzentwurf geregelt, der soeben der Deputiertenkammer zugegangen ist. Danach kann jede Person, welche in Frankreich auf Grund der Gesetze über das gewerbliche Eigentum ein ausschließendes Recht genießt, ebenso wie die daran Beteiligten, ohne sich den Verfall ihres Privilegiums zuzuziehen, auf der Weltausstellung des Jahres 1900 zu Paris im Auslande hergestellte Gegenstände, welche den durch ihr Patent geschützten entsprechen, zur Schau stellen und zu dem Zwecke in das französische Staatsgebiet einführen, wenn diese Gegenstände zur beabsichtigten Ausstellung regelrecht zugelassen worden sind.

Paris, 4. April. Der siebente internationale Kongress zur Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke wurde heute in der medizinischen Schule eröffnet. Den Vorsitz führte der Justizminister Lejeune. Deutschland, Dänemark, Schweden, Rußland und andere Länder sind offiziell vertreten.

Italien.

Genossin Anna Kulicoff, die vor drei Monaten aus dem Gefängnis entlassen wurde, begab sich vorgestern nach Rom, um an dem Journalistenkongress teilzunehmen. Dort wurde sie von allen Mitgliedern des Vorstandes und von den Kollegen aller Parteien mit großer Sympathieumgebungen empfangen. Bekanntlich haben alle republikanischen und socialdemokratischen Journalisten beschlossen, sich vom Kongress fernzuhalten, als Protest gegen die nicht erlassene Amnestie zu Gunsten der politischen Verurteilten vom vorigen Mai. Doktorin Kulicoff will aber die Genossen von ihrem Entschluß, am Kongress nicht teilzunehmen, abbringen, da sie meint, daß der Protest viel kräftiger und die Propaganda für die Amnestie viel wirksamer sein wird, wenn das alles in dem vom Könige eröffneten Kongresse ausgesprochen wird. —

Spanien.

Die neuen Finanzprojekte des Finanzministers stoßen, wie der „Gerald“ wissen will, auf Widerpruch bei den Ministern des Krieges und der Marine. Diese sind mit einer Reduktion ihrer Budgets durchaus unzufrieden, sie wollen vielmehr eine Vermehrung der Ausgaben. —

Griechenland.

Eine Ministerkrise ist in Athen ausgebrochen. Das Kabinett hat infolge der Entscheidung der Kammerkommission, die Wahl Zaimis für ungültig zu erklären, demissionirt. Das Kabinett wird seine Amtshandlungen fortsetzen, bis die Kammer sich darüber erklärt, welche Politik sie eingeschlagen zu sehen wünscht. Man spricht von einem Koalitionsministerium unter Deligeorgis, bei welchem die theokratische Mehrheit besetzt wäre. Etwas Sicheres ist darüber noch nicht bekannt. Die Krise wird wahrscheinlich sehr lange dauern. —

Bulgarien.

Ein Zusammenstoß an der türkischen Grenze wird aus Sofia gemeldet. Danach hat an der Bahnlinie Jamboli-Adrianopol ein erstes Scharnittel zwischen türkischen und bulgarischen Grenztruppen stattgefunden. Die Parteien griffen die schwachen bulgarischen Grenzposten an, wurden jedoch mit Hilfe der bewaffneten Bevölkerung zurückgeworfen. Der Kampf dauerte vier Stunden, auf beiden Seiten sind Verluste an Toten und Verwundeten zu verzeichnen. Anlaß zum Kampfe bot der von türkischer Seite gemachte Versuch, sich einer bisher in bulgarischem Besitz befindlichen Anhö: zu bemächtigen.

Rußland.

Aus Petersburg werden neue Studentenunruhen gemeldet und zwar sind es jetzt die des Wergin situts, welche rebellieren. Sämtliche Studenten sind exmatrikulirt worden. Ueber die Bedingungen der Wiederaufnahme sind der Institutsobrigkeit Instruktionen erteilt worden.

Afien.

Auch die Engländer sind gegenwärtig mit China in kriegerische Differenzen verwickelt. Darüber berichtet „Daily Mail“, daß englische Beamte, welche in der Nähe von Kau-lung photographische Aufnahmen machten, wegen drohender Haltung der Eingeborenen nach Hongkong zurückkehren mußten. Ferner haben die Chinesen auf dem Festlande den Polizeichef von Hongkong gefangen genommen. Zwei Compagnien britischer Infanterie sind in der letzten Nacht an Bord eines Torpedobootsgeräters nach Canton abgegangen, ein anderer Torpedobootsgeräter folgte heute früh mit 200 Mann. Ein in Hongkong stehendes Regiment hat ebenfalls Befehl, nach Canton zu gehen.

Ein späteres Telegramm aus Hongkong meldet: Der Polizeichef ist wohlbehalten hierher zurückgekehrt. — Wegen fremdenfeindlicher Plakate, die von chinesischer Seite ausgehen, und wegen der Hindernisse, die den bei den Arbeiten für die Erweiterung des englischen Gebiets von Kau-lung thätigen Feldmessern durch die Chinesen bereitet werden, erhob der Gouverneur von Hongkong Protest beim Vizekönig von Canton und drohte, das Hinterland von Kau-lung besetzen zu lassen, wenn die gegen die Feldmesser ausgeübte Obstruktion nicht bis Mittwoch aufhöre. Der Vizekönig erließ eine Proklamation, in der er der Bevölkerung einschärfte, sich der Verhinderung der Feldmesser zu enthalten, und entsandte ferner Truppen zum Schutz der Feldmesser.

Wie können die Chinesen nur so unerschämmt sein, sich gegen das systematische Ausplündern ihres Landes zu wehren! —

Vom Philippinischen Kriegsschauplatz geht in Washington eine Depesche des Generals Otis aus Manila ein, die besagt: Die gegenwärtigen Anzeichen deuten darauf hin, daß die Regierung der Philippinos sich in bedenklicher Lage befindet. Die Philippinos sind geschlagen, entmuthigt und zerstreut. Sie kehren in ihre Wohnstätten in den Städten und Ortschaften zwischen Manila und dem nördlich von Malolos gelegenen Punkten, bis zu denen unsere Reconnozierungspatrouillen vorgegangen sind, zurück und suchen den Schutz der Amerikaner nach. — Wenn nur die Siegesfanfaren sich nicht schließlich als überreilt herausstellen. —

Afrika.

Präsident Krüger traf am Sonnabend in Johannesburg ein und wurde mit Begeisterung empfangen. In Verantwortung verschiedener Ansprachen führte er aus, die Ausübung der bürgerlichen Rechte sei von ihm den Fremden nicht früher zugestanden worden, weil er fürchtete, die alten Bürger, deren Zahl zur Zeit der Eröffnung der Goldfelder nur 10 000 betrug, könnten ganz untergehen. Da dieselben aber jetzt zwischen 30 und 40 000 zählen, so beabsichtige er, dem Volktraad eine Herabsetzung der Frist zur Erlangung der bürgerlichen Rechte vorzuschlagen. Jedoch solle eine gleichzeitige Zugehörigkeit zu zwei Nationalitäten unterlagt sein und die neu Hinzukommenden müßten ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben, ehe sie Bürger werden könnten.

Der Londoner „Daily Telegr.“ läßt sich über die Rede Krügers wie folgt aus: „Wenn Transvaal jemals wieder das Vertrauen Europas genießen soll, muß die ganze Politik seiner Verwaltung geändert werden; die Welt bezweifelt, daß dies zu Zeiten Krügers geschieht; wenn es nicht geschieht, wofür, wir können warten.“ —

Ein internationaler Anarchistenkongress soll anlässlich der Weltausstellung 1900 in Paris stattfinden. Die Einladungen, welche an die Arbeiterorganisationen, Fachvereine, Arbeiterbildungsvereine, an die revolutionäre Kommission aller Länder ergangen sind, sind unterzeichnet von den bekannten Holländern J. Domela Nieuwenhuis, J. Pelloutier und E. Pouget. Mit den vergangenen internationalen Kongressen ist bezeichnenderweise Herr Nieuwenhuis nicht recht zufrieden gewesen. — Wenn das internationale Lodipitelthum nicht für Bekleidung sorgt, dürfte ein recht befeindetes Lotal genügen, die Teilnehmer zu fassen.

Partei-Nachrichten.

Sächsische Landesversammlung.

Crimmitschau, 4. April. (Privat-Depesche.) Die Landesversammlung der Socialdemokratischen Partei wurde heute hier eröffnet. Delegierte sind aus allen Kreisen erschienen, auch zahlreiche Landtags- und Reichstags-Abgeordnete. Stolle feierte in der Begrüßungsrede Crimmitschau als alten Borort der Partei. Eichhorn erstattete den Bericht des Central-Agitationskomitees, er konstatiert den großen Fortschritt der Partei.

Eine lebhafteste Debatte rief die Nichtaufnahme der Dreidener Verurtheilten in der April-Internationales Kurz hervor. Einige Redner sprachen gegen den Vorstandsbeschluss, andere für diesen Beschluss und gegen die Uebertreibungen der Angelegenheit. Eine Resolution gegen den Vorstand wird als erledigt zurückgezogen.

Nachmittags wurde über die Neu-Organisation in Folge der Aufhebung des Verbindungs-Verbots für politische Vereine beraten.

Die Landesversammlung der socialdemokratischen Partei im Großherzogtum Sachsen-Weimar, die am 2. Osterfeiertag im Gasthaus Bortowitz in Apolda abgehalten wurde, war von 25 Delegierten aus 17 Orten besucht. Der Reichs- und Landtags-Abgeordnete Daudert eröffnete die Verhandlungen mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der einzelnen Punkte der Tagesordnung und betonte, daß gerade jetzt, wo man im Großherzogtum plane, realistischere Bestimmungen zu treffen, indem man die Socialdemokratie nenne, aber in Wirklichkeit das erweiternde Volk meine, unsere Partei doppelt auf dem Posten sein müsse, um eine weitere Beschränkung der politischen Rechte und Freiheiten in unseren Ländern zu verhindern; die Genossen Reidt, Jmenau und Hohl-Kunstadt (Orla) wurden zu Vorsitzenden der Versammlung gewählt. — Den Kassenbericht erstattete Genosse Daudert, worauf ihm Decharge erteilt wurde. — Nach dem ausführlichen Referat Daudert's über die Erfolge bei der letzten Landtagswahl, sowie über seine Thätigkeit als einziger Vertreter unserer Partei im Landtage, wurde ihm einstimmig die Anerkennung der Versammlung ausgesprochen. — Um für die Zukunft erfolgreicher agitatorisch thätig sein zu können, wurde beschlossen, einen Landeskomitee die Vorarbeiten zu den im Herbst 1900 stattfindenden Landtagswahlen zu übertragen und wurden hierzu die Genossen Daudert, Leuterz und Petermann in Apolda gewählt. Doppellandtagswahlen sollen vermieden werden. Die Aufstellung der Kandidaten in den 9 Wahlkreisen: Apolda-Stadt; Apolda-Land; Jmenau; Eifenach-Stadt; Eifenach-Land; Allstädt-Obdilsleben; Weimar; Reustadt-Weida und Blauenhain-Kramischfeld hat bis zur nächsten, am 2. Osterfeiertage 1900 in Jena stattfindenden Landesversammlung zu erfolgen. — Kompromisse sollen nicht abgeschlossen werden, und wird die Partei selbständig in den vorbenannten neun Wahlkreisen, als den für uns am erfolgreichsten erscheinenden, in die Agitation eintreten. Das Landeskomitee hat bis zur nächsten Landesversammlung die vorbereitenden Schritte zur Verwirklichung des Wahlprogramms zu thun, sowie geeignete Agitationsmittel zu beschaffen. Abends 7 Uhr wurden die Verhandlungen nach lebhafter, aber sachlicher Diskussion mit einem dreifachen Hoch auf die Socialdemokratie geschlossen.

Von der Parteipresse. Zwei neue Tageblätter hat uns das Osterfest gebracht. „Die Volkstimme“ in Chemnitz, entstanden aus der Verschmelzung der beiden wöchentlich dreimal in Chemnitz und Burgstädt erscheinenden Blätter, liegt in ihrer ersten Nummer vor und ebenso die erste Nummer des jetzt in Karlruhe erscheinenden „Volkstreu“, der bisher dreimal wöchentlich in Offenburg erschien. Beide neuen Blätter präsentieren sich in reichhaltiger Ausstattung ab und gehen mit den besten Aussichten der Zukunft entgegen. Wir wünschen ihnen besten Erfolg.

Bei der Gemeinderatswahl für die Unanfähigen in Kitzingen (Schleswig-Holstein) wurde der Parteigenosse A. Behnen gewählt. Es waren bei der ersten Wahl nicht genug Wähler erschienen und deshalb wurde eine zweite Wahl angeordnet mit Strafanforderung für die säumigen Wähler. Es erschienen aber trotzdem noch weniger Wähler. Die Erschienenen stimmten jedoch sämtlich für den Genossen Behnen.

Die Erregung über das Buchhandelt in Dresden hat selbst die Proletarier im fernem Amerika ergriffen. Beim Unterstufungs-Komitee in Dresden ging eine Anweisung ein auf 104,16 M., gefendet vom Chicagoer Zweigverein der Arbeiter-Franken- und Sterbedesse für die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Seinen Austritt aus der Partei erklärt der bisherige Drucker und Verleger des „Beobachter“ in Chemnitz, der nunmehr aufgehört hat zu erscheinen. Herr Ludwig fühlt sich durch die Gründung des neuen Tageblattes benachteiligt.

Der schlesisch-polnische Parteitag.

Am ersten Osterfeiertag fand in Görlitz der Parteitag der ein Agitationsgebiet bildenden Provinzen Schlesien und Posen statt. Vertreten waren auf ihm 19 (von 36) schlesische und polnische Wahlkreise durch 43 Delegierte. Die Verhandlungen leiteten die Genossen Keller-Görlitz und Stolpe-Grünberg.

Aus den gedruckten Vorlagen, den Berichten der Redaktion und des Verlages der „Dresdener Volkswacht“ und des Verlages des Langenbielauer „Proletarier“ sei als besonders wichtig folgendes hervorgehoben: In den Jahren 1895 bis 1897 sind 81 Prozesse gegen die „Volkswacht“-Redakteure durchgeführt worden; von diesen endeten 46 mit Verurteilung, 35 mit Freisprechung. Erkannt wurde bei den Verurteilungen auf insgesamt 1 Jahr 7 Monate und 3 Wochen Gefängnis und 2375 M. Geldstrafe. Demgegenüber ist in den Jahren 1897—1899 eine bedeutende Besserung eingetreten; in diesem Zeitraum wurden aber immerhin noch 33 Prozesse gegen die Redakteure der „Volkswacht“ anhängig gemacht, von denen 18 mit Verurteilungen, 12 mit Freisprechung endeten, 3 noch nicht erledigt sind. Erkannt wurde bei den Verurteilungen auf 11 Monate Gefängnis, 4 Wochen Haft und 1500 M. Geldstrafe. Die Gerichtskosten wurden neuerdings von den verurteilten Redakteuren der „Volkswacht“ mit großer Strenge eingetrieben; man begnügt sich nicht einmal mit wiederholten Pfändungen, sondern treibt die Verurteilten sogar bis zum Offenbarungseid. Die Praxis der Staatsanwaltschaften, die durch Artikel der „Volkswacht“ angeklagt bekümmerten Personen zur Stellung von Strafanträgen wegen Beleidigung direkt aufzufordern, ist in Breslau besonders im Schwange, freilich hat die Breslauer Staatsanwaltschaft nicht immer Erfolg. Die Behandlung der im Gefängnis befindlichen Redakteure ist durchaus hart und unterscheidet sich kaum von der Behandlung, wie sie gemeinen Verbrechern zu teil wird. Sträfungsleiter, schlechte Gefängniswärter und das volle Pensum Gefängnisarbeit, daneben Vorenthaltung einer Zeitung und ganz ungenügende andere Lektüre, in diesen Dingen charakterisiert sich das Leben unserer Redakteure im Gefängnis, heißt im Redaktionsbericht.

Nach dem Verwaltungsbericht pro 1897 sind in der „Volkswacht“ für Inserate, Klagen, Briefschaften und an Abonnementsgeldern rund 98000 M. eingenommen worden; für den Preisfonds gingen 68,49 M. (4) ein, die „Volkswacht“ brauchte einen Zuschuß von 3000 M. für Strafen, Kosten und Unterstützung

müßten 4210,43 M. ausgegeben werden. 1898 brachten Inserate, Abonnements und Buchhandel ca. 74000 M. ein, Zuschuß brauchte das Blatt nicht mehr. Für Strafen, Kosten und Unterstützung wurden 2491,70 M. ausgegeben. Die finanzielle Lage der „Volkswacht“ ist demnach in einer merkwürdigen Besserung begriffen. Von der Verbreitung des Blattes enthält der Bericht nichts.

Koch günstiger ist der Geschäftsbericht des „Proletarier“: Das Jahr 1896 hatte einen Ueberschuß von 2550,80 M. ergeben, 1897 brachte einen Gewinn von 5276,10 M., 1898 einen solchen von 8206,97 M. 1897 brachten Abonnements und Inserate rund 25 000, 1898 rund 28 000 M. Der „Proletarier“ hat gegenwärtig eine Auflage von 7150 Exemplaren. Nur um ein geringes ist er seit der vorjährigen Reichstagswahl in der Verbreitung zurückgegangen und zwar fast nur in der Gegend von Görlitz und Umgegend; hier erscheint nämlich seit kurzem die „Görlitzer Volkszeitung“, Kopfolat der „Volkswacht“, die sich über Erwarten gut eingeführt hat.

Die Referate über die beiden ersten Punkte der Tagesordnung (die Wahlen des Jahres 1898, Organisation und Agitation) hielten die Genossen Brühns-Dreslau und Kühn-Langenbielau. Zu diesen wie zu den übrigen Punkten der Tagesordnung (unsere Presse; Verschiedenes) lagen eine große Anzahl von Anträgen aus den verschiedenen Wahlkreisen Schlesiens und Posens vor. Aus dem Referat des Genossen Brühns sei hervorgehoben, daß in Schlesien 1898 15,53 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf unsere Kandidaten fielen (in ganz Deutschland 23,50 Proz.); 1898 war die Prozentziffer der socialdemokratischen Stimmen auf 22,35 Proz. (in Deutschland 27,23 Proz.) gestiegen. In den einzelnen Regierungsbezirken ergaben sich 1898 (1898) folgende Prozentzahlen: im Regierungsbezirk Breslau 29,28 (26,45), im Regierungsbezirk Liegnitz 22,13 (15,75), im Regierungsbezirk Oppeln 13,90 (2,42). In ganz Schlesien ist demnach eine bedeutende Aufwärtsbewegung zu konstatieren, verhältnismäßig am größten ist sie in Oberschlesien. Die schlesischen Reichstagswahlen erforderten einen Parteizuschuß von 21000 M., im ganzen haben uns die Wahlen etwas über 40000 M. gekostet. Speziell für Breslau waren 1898 außer den Reichstagswahlen noch die Landtags- sowie die Stadtverordnetenwahlen von Bedeutung.

In den Gen. Kühn's Referat waren besonders bemerkenswert die Mitteilungen über die Anträge der Gegner in den Wahlkreisen der Glatzer Grafschaft und der Gegend von Neurode. Der Verlust des Wahlkreises Reichenbach-Neurode an den Agor- und Industriemagnaten, den konservativen Centrumsmann Reichsgraf Wagnis auf Gersdorff beruht fast einzig und allein darauf, daß in den Magnatischen Grundbesitzungen bei Neurode die herrschaftlichen Beamten die Wahllokale bildeten und die Arbeiter eingeschüchert wurden. Die Agitation in dieser Gegend war dadurch erschwert, daß in den Häusern, meist ohne und wider den Willen ihrer Besitzer und Bewohner, Zettel mit folgendem Inhalt angeklebt wurden: „Den Perumträgern socialdemokratischer Druckschriften ist das Betreten des Hauses und Grundstücke verboten. Der Besitzer.“

Zu der Diskussion wandten sich mehrere Genossen mehr oder minder scharf gegen die zu laue Belämpfung des Freiheits durch unsere Partei in Niederschlesien, namentlich im Wahlkreise Liegnitz, wo Brühns kandidierte; auch die Auslassung des Genossen Brühns in einem im Wahlkreise Liegnitz zur Verbreitung gelangten Flugblatt inbetreff eines eventuellen Streikbezweles zum Schutze der Damen wurde von mehreren Seiten getadelt; zu einer bestimmten Meinungsführung des Parteitag's kam es indes nicht.

Ferner beschäftigten den Parteitag die massenhaften ungelegenen Veränderungen unserer Wahlagitation. Die 1896'er schlesische Ober-Präsidial-Verordnung, die sich zu einem druidenden schlesischen Sonntagssocialistengesetz ausgebildet, erfordert eine grundlegende Änderung in der Leitung der gesamten Agitation (Aufhebung der bisherigen Agitationsbezirke Breslau, Langenbielau, Görlitz, Weuthen und Einsetzung eines Centralkomitees), die Gründung von Wahlvereinen, die Herausgabe eines deutschen und polnischen Agitationskalenders, die Abtrennung der Provinz Posen von Schlesien und die Bildung eines eigenen die Provinz Posen umfassenden Agitationsgebietes. Beschlossen wurde in dieser Beziehung folgendes: 1. Unsere Reichstagsfraktion soll die ungelegenen Veränderungen unserer Agitation in Reichstags- und Parteitagssprache bringen; die Vertrauensleute sollen das bezügliche Material der Fraktion übermitteln. 2. Es wird ein fünfgliedriges Centralkomitee mit dem Sitz in Breslau gegründet, das die gesamte Agitation in Schlesien leiten soll. (Die ober-schlesischen Delegierten erklären, daß es bei ihnen bei dem gegenwärtigen nicht verbesserungsbedürftigen Zustande verbleiben soll.) 3. In der zweiten Hälfte dieses Jahres wird ein Agitations-Kalender in deutscher und polnischer Sprache herausgegeben; die Herausgabe ist Sache des Centralkomitees. 4. Den Posener Genossen wird empfohlen, ein eigenes Agitationsgebiet, das die Provinz Posen umfaßt, zu konstituieren.

Unter „Verschiedenem“ wurde beschlossen, den nächsten Provinzialparteitag entweder in Oberschlesien selbst oder in einem Orte, der Oberschlesien möglichst nahe liegt, abzuhalten; von einer Vertretung der schlesischen Genossen auf den nächsten Jahre in Paris tagenden internationalen Arbeiterkongreß abzugehen und die gefassten Beschlüsse der Fraktion und dem Parteivorstande zur Kenntnis zu bringen.

Zehnte Generalversammlung des Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes.

Halle, 1. April 1899.

Im prächtig geschmückten Saale des „Schützenhauses“ eröffnete der erste Verbandsvorsitzende Müller die diesjährige Generalversammlung des Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes. Folgende Tagesordnung liegt vor:

1. Wahl des Bureau's und der Kommissionen.
2. Bericht des Vorstandes über den Stand des Verbandes.
3. Bericht der Kontrollkommission.
4. Der Stand unserer Presse.
5. Der Ausbau des Verbandes. a) Auszahlung eines Sterbegeldes. b) Festsetzung der Agitationsbezirke.
6. Der deutsche Gewerkschaftskongreß.
7. Die Wahl des Vorstandes, der Presleitung und Bestimmung des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Zunächst nimmt zu einer kurzen Begrüßung das Wort Redacteur Thiele. Redner giebt ein Bild von der Entstehung des Verbandes. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten referierte Müller-Vorschau zum zweiten Punkt der Tagesordnung. Der Verband, so bemerkte Redner, hatte schon verschiedene Phasen der Entwicklung durchgemacht. Zunächst den mächtigen Ausschlag im Jahre 1890, dann im Jahre 1895/96 ein beängstigendes Niedergehen. Als die schweren Schläge kamen, wurde der Zusammenbruch allgemein beklagt. Es kam dann noch der bekannte Essener Meineidsprozeß, dieser wirkte furchtbar demprimierend, fast keiner glaubte mehr daran, den Verband halten zu können. Da riefen wir die alte Kerntruppe auf zum Kampfe und der Auf hatte Erfolg. Die bewährtesten Vertrauensleute stellten ihr Bestes in den Dienst der guten Sache, und heute, wo einer der Verurteilten erschwerend wieder unter uns weilt, können wir konstatieren, der Verband steht sicher und fest! Auch ist begründete Aussicht auf weitere Kräftigung vorhanden. Doch eins fehlt! Wir müssen ein Bundeslied schaffen. Die Indifferenten verlangen zunächst direkte greifbare Urtheile. Der Rat gehorchend müssen wir diesem Begehren entsprechen, damit die Leute zunächst gewonnen und dann erzogen werden. Das Mittel, welches wir schaffen müssen, ist die Einführung einer Unterstützung.

In der Unternehmerrasse wird ständig behauptet, die Lage der Arbeiter hat sich gebessert. Man geht so weit zu erklären: trotzdem der Lohn gestiegen, hat die Produktion des einzelnen Arbeiters eine Verminderung erfahren. Diese Behauptung beruht auf grober

Täuschung. Heute werden auf den meisten Gruben eine ganze Reihe Nebenprodukte hergestellt. Die hierzu notwendigen Arbeiter werden aber ganz einfach der Kohlen produzierenden Belegschaft zugerechnet. So rechnet man eine Leistungsverminderung heraus. Auch die Lohnsteigerung beruht auf Fäulerei; es handelt sich ganz einfach um eine Einkommenssteigerung und diese ist erzielt durch intensivere Produktion und Verlängerung der Schichten. Ueber die sich zeigenden Schäden muß Aufklärung unter die Masse getragen werden. Zu erreichen ist viel, das hat der Ausfall der Knappschaftswahl im Ruhrrevier bewiesen. Gute Aussicht haben wir, aber es müssen neue Kräfte gewonnen werden für die Agitation. Auch einzelne Fehler, die sich eingestellt, müssen behoben werden. Als unpraktisch habe ich erwiesen die Spezialisierung für die Beitragszahlung. Es muß nur ein bestimmter Beitrag (einschließlich der Kosten für eine einzuführende Unterstützung) obligatorisch eingeführt werden. Ein Gebot der Notwendigkeit ist die Einführung von Arbeitersekretären in den verschiedenen Revieren. Richtig ist die Meinung, im Ruhrrevier wären günstige Organisationsbedingungen. Im Gegenteil können hier verschiedene Momente in Betracht, welche die Organisierung außerordentlich erschweren. Nicht allein mit einem übermächtigen Kapital haben wir zu kämpfen, es kommt hinzu die ungläubigste professionelle Verbeugung der Arbeiter. Um alle Schwierigkeiten zu heben, müssen wir auch außerordentliche Anstrengungen machen. Die Hauptbedingung ist: Erhöhung der Beiträge, Anstellung von Bezirks-Vertrauensleuten und Einführung von Arbeitersekretären. Die Indifferenten müssen aufgelockert werden. (Bravo!)

Kunze gab Schürholt den bereits bekannten Kassenbericht. Kolorah-Meuselwitz bemerkt, der Stillstand im Stahlfürter Revier liege an dem Mangel der Knappen. Dort müsse Aufklärung geschaffen werden. Von allen Seiten stürmt man auf den Verband ein, trotzdem ist es gelungen in bisher noch indifferenten Bezirken festen Fuß zu fassen. So haben wir die Geißelmaier neu für uns gewonnen.

In der weiteren Diskussion werden die Schwierigkeiten geschildert, mit welchen die Agitation für den Verband zu kämpfen hat. Kleine Moniten gegen die Geschäftsführung des Vorstandes werden nach Aufklärung seitens des Vorsitzenden als erledigt betrachtet und dem Vorstand Decharge erteilt.

Zum Punkt Presse erwähnt Hué (Redacteur des Verbandesorgans) eine Auseinandersetzung mit verschiedenen polnischen Zeitungen. Diese haben erklärt, die „Bergarbeiter-Zeitung“ habe sich mit Schande bedeckt, weil wir die Sprachenverordnung betreffend Beschäftigung polnischer Arbeiter zustimmend besprochen hätten. Die Blätter stellen sich auf einen polnisch-politischen Standpunkt und damit haben wir nichts zu thun. Die Verordnung war nötig im Interesse von Gesundheit und Leben der Bergarbeiter. Bezeichnend ist, daß unsere polnischen Kameraden sich ganz genau auf unseren Standpunkt stellen. Aus Oberschlesien ist folgende Resolution eingelaufen: „Die ober-schlesischen, polnischen Kameraden des Verbandes deutscher Bergleute erklären sich mit der Haltung der Redaktion des „Berg- und Hüttenarbeiter“ und der „Gornik“ betreffend Verordnung über die fremdsprachigen Bergarbeiter im Oberbergamts-Bezirk Dortmund einverstanden und bedauern die eigenartige Belämpfung dieser Haltung durch die Berliner „Gazeta Robotnicza“. Diese Belämpfung ist ungenügend, Unfrieden unter den ober-schlesischen Mitgliedern des Verbandes zu schaffen.“ (Bravo.)

(Die Anträge betr. mißbilligende Kritik der Haltung der „Bergarbeiter-Zeitung“ betr. Polemik mit dem „Dönamer Volksblatt“ wurden durch einstimmigen Beschluß, zur Tagesordnung überzugehen, erledigt.)

Nachmittags-Sitzung.

Wähler giebt den Bericht der Mandatprüfungs-Kommission. Es sind anwesend 71 Delegierte, die 125 Mandate vertreten.

Sache-Hwidan bemängelt die hohen Kosten der Zeitung; befristet, die Zeitung nur sechsmonatlich heranzugeben, damit Gelder für Unterstützung flüssig gemacht werden.

Schröder, Müller, Langhans, Kolorah und andere sind gegen Beschränkung der Zeitung und Herabsetzung des Post-Abonnementspreises.

In seinem Schlusswort betont Hué, daß es nicht angängig sei, das Blatt wieder einzuschränken, doch möge man, um auf alle Fälle handeln zu können, falls es die finanzielle Lage erfordere, das Organ zu verbilligen, diesen bezüglichen Antrag dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen. Es wird dementsprechend beschlossen, der Antrag auf Herabsetzung des Post-Abonnementspreises wird abgelehnt. Sodann stellt Müller die Frage an die Delegierten, ob sie mit der Haltung der Zeitung einverstanden sind (Jura vollständig) und ob dieselbe in der bisherigen Weise weiter gehalten werden soll? Die Frage werden einstimmig mit ja beantwortet.

Dann nimmt zum fünften Punkt der Tagesordnung: „Ausbau des Verbandes“ das Wort:

Schürholt: Ein großer Gewinn für die Entwicklung des Verbandes sind die niedrigen Beiträge. Wir müssen dieselben erhöhen und dann eine Unterstützung einrichten. Ich denke, daß wir mit einer Erhöhung von 10 Pf. auskommen. Das ist dann immer noch sehr wenig, gegenüber anderen Organisationen. Es sind nun eine ganze Reihe Anträge betreffend Unterstützung eingebracht worden, doch werden dieselben nicht durchgeführt werden können, weil wir dann die Beiträge mindestens auf eine Mark steigen müssen. Für ganz verfehlt halte ich die Einführung einer Krankenkasse.

Nach längerer Diskussion wird die Erhöhung der Beiträge im Prinzip angenommen. Der Antrag auf Erhöhung um 20 Pf. fiel mit 71 gegen 64 Stimmen, mithin ist eine Erhöhung um 10 Pf. beschlossen, da nur Anträge auf 20 Pf. resp. 10 Pf. Erhöhung vorlagen. Die Auszahlung eines Sterbegeldes gelangte zur Annahme gegen 38 Stimmen. Fast einstimmig erklärte sich die Generalversammlung mit der Einführung eines Sterbegeldes in Höhe von 30 M. einverstanden.

Die Sterbedesse wird obligatorisch eingeführt. Im weiteren gelangte folgende Resolution des Vorstandes zur Annahme:

Vom 1. Juli 1899 an sind alle Vertrauensleute verpflichtet, genau aufzuschreiben, wieviel Frauen und Kinder von Verbandsmitgliedern sterben in ihrem Bezirk. Auf Grund des so gewonnenen Materials wird dann die fernere Generalversammlung entscheiden, wieviel an Sterbegeld für Frauen und Kinder ausbezahlt werden soll.

Sämtliche Anträge betreffend die innere Organisation werden auf Antrag Hué dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Zum Punkt 6 der Tagesordnung: Der deutsche Gewerkschaftskongreß wird beschlossen, zwei Delegierte zu entsenden. Gewählt werden Hué (Essen) und Henker (Sachsen).

Weiter wird beschlossen, auch für die Folge der General-Kommission abgeschlossen zu bleiben.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung: Renzwahl des Vorstandes, der Presleitung und des Ortes der nächsten Generalversammlung wird wiedergewählt, mit 106 Stimmen Müller zum ersten, Schröder mit 100 Stimmen zum zweiten Vorsitzenden und mit 115 Stimmen Schürholt zum Kassier. In den Kontrollauschuss werden gewählt: Hausmann (Schillinghofen), Schwind (Tahlhausen), Mühlender (Essen). Der Beratungsausschuss setzt sich zusammen aus: Henker (Königsreich Sachsen), Schulz (Wittelschland), Wächter (Dortmund), Werner (Eidel), Wismel (Niederschlesien), Senden (Oberhausen). Zum Redacteur des Verbandesorgans wird Hué einstimmig wiedergewählt. Zum Ort der nächsten Generalversammlung wird Trausnitz bestimmt.

Zehnte Generalversammlung des Verbandes der Lederarbeiter Deutschlands.

Halberstadt, 3. April 1899.

Heut vormittag wurden die Verhandlungen mit der Wahl einer Mandatprüfungs-Kommission eröffnet, welche die Anwesenheit von 21 Delegierten feststellte.

Das Bureau der Generalversammlung bilden: Schindl-Altona, Gafeland-Berlin und Klemm-Wisler.

Der gedruckte vorliegende Rechenschafts-Bericht des Vorstandes umfaßt die Zeit von April 1896 bis Oktober 1898.

Aus demselben ist folgendes hervorzuheben: Die amerikanische Zollpolitik hat der deutschen Lederindustrie einen harten Schlag versetzt. Die Lederarbeiter haben infolgedessen während der letzten Jahre unter einer Arbeitslosigkeit zu leiden gehabt, wie sie seit langer Zeit im Verufe nicht aufgetreten ist. Aus diesem Grunde hat auch die Organisation nicht solche Erfolge zu verzeichnen, wie es bei gutem Geschäftsgang jedenfalls der Fall gewesen sein würde. Während die Zahl der Mitglieder von 1893—1896 von 2000 auf 4200, also um 1600 gestiegen ist, beträgt der Zuwachs während der Zeit, auf die sich der Bericht erstreckt, nur 800. Der Verband hat also gegenwärtig etwa 5000 Mitglieder in 96 Zahlstellen. Letztere hatten sich seit 1896 um 11 vermehrt. Im Hinblick auf die schlechte Geschäftslage — sagt der Bericht — kann man mit diesem Zuwachs immerhin zufrieden sein. — Die Agitation wurde insbesondere von den Provinzial-Agitationskommissionen betrieben, welche auf Beschluß der vorigen Generalversammlung eingesetzt worden sind. — Lohnbewegungen haben während der abgelaufenen Geschäftsperiode in umfangreicher Maße stattgefunden. Sie sind in vielen Fällen dadurch entstanden, daß die Unternehmer sich die schlechte Geschäftslage zu nutze machten, um Lohnabzüge vorzunehmen, oder gegen die Organisation der Arbeiter vorzugehen. Der Vorstand hat — abweichend von seiner früheren Gepflogenheit — bei allen größeren, kritischen, oder nicht ganz klar liegenden Differenzen, die Verhältnisse persönlich untersucht, und, wo die Umstände es geboten, auch mit den Unternehmern unterhandelt. Die Organisation hat hierdurch einen enormen Nutzen gehabt, denn viele Differenzen, die vielleicht Laufende von Markt gestiftet und nach wochenlangem Ausstand keinen erheblichen Erfolg gebracht hätten, sind so zum Besten der Kollegen und der Organisation beigelegt worden. — Die beiden Sitzungen, welche heute stattfanden, wurden ausgefüllt durch die Debatte über die Thätigkeit des Vorstandes und des Ausschusses, welche letztere durch sein Mitglied Berger-Altona Bericht erstatten ließ.

Die Debatte drehte sich fast ausschließlich um verschiedene Streiks, die in den letzten Jahren stattgefunden und den Vorstand zum Eingreifen veranlaßt haben. Mehrere Delegierte, in deren Orten Streiks stattfanden, waren mit der Haltung, welche der Vorstand in diesen Fällen eingenommen hat, nicht zufrieden, von einer Seite wurde auch die Ansicht ausgeprochen, der Vorstand habe wohl nur deshalb Streiks nach Möglichkeit zu verhindern, damit er vor der Generalversammlung mit einem großen Kassensüberschuss glänzen könne. Der Vorsitzende des Verbandes, Weisswanger, Berlin, und das Vorstandsmittglied Buse, Berlin, verwahrten sich ganz entschieden gegen diese Auffassung und betonten, daß der Vorstand nur dann von Streiks abgeraten habe, wenn seiner Ansicht nach keine Aussicht auf Erfolg vorhanden war.

Nach Schluß der Debatte wurde dem Vorstand gegen eine Stimme Decharge erteilt und ihm anheimgegeben, daß er in Zukunft, so weit es angeht, im Rechenschaftsbericht auch die Zahl der an den Lohnbewegungen Beteiligten angeben möge.

Kongress der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Leipzig-Schwendig, 2. April.
Der Cinkrauser Hoffmann eröffnet den Kongress mit einigen einleitenden Worten über die Vorgeschichte desselben. Nach endgültiger Feststellung setzt sich der Kongress aus 28 Delegierten centraler und 15 Delegierten lokaler Richtung, welche 6155 resp. 3731 organisierte Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter vertreten, zusammen. Den beiden Einberufern des Kongresses, Albold und Hoffmann, sowie dem Vertreter der Dreizehntausender wurde beratende Stimme zuerkannt. In das Bureau wurden gewählt: Schumann-Berlin (central), Stange-Leipzig (lokal) als Vorsitzende. Der Kongress beschließt, den Arbeiter Webers 200 M. zu überweisen. Der Vertrauensmann Albold gibt hierauf seinen Thätigkeitsbericht. Aus demselben ist zu ersehen, daß die Einnahmen seit Fingsten 1896 4507,91 M., die Ausgaben 3010,97 M. betragen. Bezüglich der Abrechnung mit der centralen Richtung sei bei der Konferenz am 11. Dezember 1898 zu Berlin eine Einigung erzielt worden, wodurch beide Richtungen auf gegenseitige Forderungen verzichten. Gegenwärtig bestehen 13 Lokalorganisationen. Mit Rücksicht auf die Einigungsfrage habe die Lokalorganisation auf weitere Agitationstouren verzichtet.

Eine längere Diskussion über den Situationsbericht geht im allgemeinen dahin, daß nach Meinung der Delegierten zu wenig agitiert worden sei. Albold rechtfertigt im Schlußwort seine Handlungsweise und läßt einzelne Mißverständnisse auf. Weber erklärt, die Delegation der Preßkommission nach Altenburg nicht veranlaßt zu haben und daher auch nicht für die Kosten aufzukommen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird dem Vertrauensmann gegen eine Stimme Decharge erteilt und demselben ein Planfugeld bewilligt. Die noch vorhandenen Anstände werden auf Beschluß des Kongresses als erledigt betrachtet.

Ein Antrag, daß die Schriftführer einen verkürzten Bericht für die beiden Fachorgane schreiben sollen, wird abgelehnt.

Legien berichtet nunmehr in ausführlicher Weise über die schwebenden Einigungsversuche. Die Einberufung des Altenburger Kongresses sei hauptsächlich eine Durchbrechung der Halberstädter Beschlüsse, dennoch trügen die beiden Richtungen gemeinsam die Schuld an den Zerwürfissen, man könne absolut nicht den einen oder anderen Teil allein für die Trennung verantwortlich machen. Die Generalkommission sei dem neugegründeten Centralverband gegenüber vollständig neutral gewesen. Der Gewerkschaftsausschuss in Hamburg habe die Vertretung der lokalen Richtung ausgeschlossen. Weber sei persönlich nicht für diesen Beschluß gewesen. Hauptsächlich seien aber die Centralisten bei Gründung des Centralverbandes in der Mehrheit gewesen.

Nach einer längeren Diskussion beschließt der Kongress, eine Einigung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands auf Grund der Beschlüsse der Konferenz, welche am 11. Dezember 1898 in Berlin stattfand, herbeizuführen.

Nunmehr wird beschlossen, in die Generaldiskussion über das Statut einzutreten. Döber-München erklärt sich mit dem gegenwärtigen Statut unter keinen Umständen einverstanden und will gegen das Gesamtstatut stimmen. Schulle-Brandenburg erklärt, daß seine Organisation dem bestehenden Centralverband niemals beitreten werde, eher würde man sich dem Fabrikarbeiter-Verband anschließen. Reichow-Elbing giebt die Erklärung ab, daß sich auch seine Organisation dem Centralverband nicht anschließen könne. Itzes-Berlin erklärt, daß seine Kollegen auf der in Berlin gefassten Resolution, in welcher verlangt wird: 1. weitgehendste Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit an größeren Verwaltungsstellen zu gewahren. 2. Das Berliner Unterstützungssystem beizubehalten. 3. Das vorhandene Vermögen sowie die Bibliothek bleibt Eigentum der Berliner Kollegen, — bestehen bleiben. Schumann erklärt seitens des Centralverbandes, diese Bedingungen zu akzeptieren. Reichow-Königsberg erklärt, daß sich die dortigen Kollegen dem Centralverband anschließen wollen, wenn der Beitrag auf 15 Pf. pro Woche erniedrigt und an die Hauptkasse nicht mehr als 25 Pct. abzuführen sind. Schwert-Brandenburg macht ebenfalls den Anknüpfung von einer Erniedrigung des Beitrages abhängig. Vog-Hamburg erklärt, daß er für den Anschluß seiner Organisation nicht bürgen könne. Legien betont demgegenüber, daß nunmehr die Sache erledigt sei. Wer sich jetzt nicht anschließen, müsse draußen bleiben und habe in keiner Weise auf die Unterstützung der organisierten Arbeiter zu rechnen.

Der vierte ordentliche Verbandstag des Central-Verbandes der Konditorgehilfen, Biecker- und Lebküchler Deutschlands

tagte während der Osterfeiertage im Gasthaus Vorwärts in Apolda. Aus neunzehn Städten sind Delegierte anwesend. Es wurde beschlossen, von der Gründung eines eigenen Verbandsorganes abzusehen und auch ferner das Publikationsorgan der

Müller etc., die „Einigkeit“ beizubehalten. Der Bericht des Ausschusses über die Finanzlage des Verbandes war ein zufriedenstellender; trotz der seit Juni vorigen Jahres stattgefundenen Erhöhung der Wochenbeiträge von 15 auf 30 Pf. ist eine Zunahme der Mitgliederzahl erfolgt, und war der Verbandstag in der Lage, einen Beschluß zu fassen, daß eine Erhöhung der Arbeitslohn- und Krankenunterstützung pro Tag von 80 Pf. auf 1 M. eintreten kann; desgleichen wurde beschloffen, den verheirateten Mitgliedern bei Umzügen über 40 Kilometer Entfernung ein Umzugsgeld von 25 M. zu gewähren. In organisatorischer Beziehung findet eine umfangreiche Wenderung der Verbandsstatuten statt und wird sich der Verbandstag noch eingehend mit der Forderung eines Minimallohnes beschäftigen.

Siebente Generalversammlung der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Hamburg, den 2. und 3. April.
Anwesend auf der Generalversammlung sind, außer drei Vorstandsmittgliedern, der Vorsitzende des Ausschusses, sowie 8 Delegierte, die 9 Zahlstellen mit 1017 Mitgliedern vertreten.

Der Bericht des Zentralvorsitzenden ergibt, daß die Mitgliederzahl seit der 1897er Generalversammlung sich um 121 erhöht hat.

Die Gesamteinnahme des Verbandes betrug 6284,00 M., die Ausgabe 3709,09 M., mithin ist ein Ueberschuß von 2575 M. vorhanden; dazu Bestand von 1896 1227,50 M., ergibt einen Kassensbestand am 31. Dezember 1898 von 3802,50 M. Die Hauptausgaben verteilen sich folgendermaßen: Für Streiks des eigenen Verbandes 762,68 M., für andere Gewerkschaften 530 M., für Gemahrgelten-Unterstützung 200,50 M., für Agitation 159,50 M., für Rechtschutz 88,02 M., Beitrag an die Generalkommission 174,15 M., Abonnement auf die „Holzarbeiter-Zeitung“ 85 M., Kosten der letzten Generalversammlung 426,90 M. Ueber den Punkt der Tagesordnung: Anschluß an den Holzarbeiter-Verband, entspinnt sich eine mehrstündige Debatte. Ein Antrag Berlin, das vorhandene Vermögen an die einzelnen Filialen prozentual zu verteilen, wird mit zur Beratung gestellt. Die Berliner Delegierten begründen ihren Antrag damit, daß sie erklären: der Verband hätte nicht die nötige Kraft und Macht besessen, sich weiter auszubauen, auch der Anschluß an den Holzarbeiter-Verband scheine den Berlinern nicht geraten, da eigentümliche Verhältnisse innerhalb ihres Berufes vorherrschend seien. Für Berlin sei die Lokalorganisation jedenfalls die beste.

Nach heftigem Für und Wider wird beschloffen, die Bedingungen des Anschlusses, die der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes schriftlich mitgeteilt hat, anzuerkennen und zum 1. Juli dieses Jahres zum Holzarbeiter-Verband überzutreten. Die namentliche Abstimmung ergibt, daß dieser Beschluß gegen zwei Stimmen der Berliner Delegierten gefaßt ist.

Die Generalversammlung beschließt, den Gewerkschaftskongress durch einen Delegierten zu beschicken. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wird die Generalversammlung geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Gründung des Verbandes der Cellulosefabrikanten erhalten wir von Herrn Koa in bezug auf die Mitteilung des Verbandes der Stodarbeiter am 20. v. M. folgende Mittheilung: In den beiden, bisher unter meinem Vorsitz abgehaltenen Sitzungen, am 20. sowohl wie am 27. v. M., wurde nach Anweisung der vorhandenen Protokolle und sämtlicher Teilnehmer, der Berliner Arbeiterschaft auch nicht mit einem Worte gedacht, vielmehr ist der Zweck des Vereins nur das bestere Anerkennen des Produktes, sowie größeren Einfluß auf den Export und die Folgegebungen zu erreichen. Ebenso unwahr ist, daß ich am 10. v. M. die Herren Effert u. Lindblad und Alphonse Ludwig u. Co., hier, als Hausindustrielle, welche 3—4 Arbeiter beschäftigen, bezeichnet habe.

Deutsches Reich.

Zum Ausstand der Aresfelder Weber wird und geschrieben: Durch das Eingehen der Firma Pelker Gebr. auf die Wünsche der Arbeiter schien es, als neige der Sammelweber-Ausstand seinem Ende entgegen, zumal auch andere Fabrikanten geneigt waren, die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen und es nicht unbekannt blieb, daß zahlreiche Ordres in Sammet in den letzten Wochen eingelaufen waren. Da plötzlich wurde die Situation grell beleuchtet durch eine öffentliche Erklärung des Centralvorstandes des Niederrheinischen Verbandes christlicher Textilarbeiter, welcher besagte, daß er vollständig einverstanden sei mit dem Vermittlungsvorschlage der Socialen Kommission. Dieser Vorschlag der Socialen Kommission würde aber für die Arbeiter eine bedingungslose Unterwerfung bedeuten haben und war deshalb auch von allen — Christlichen und „unchristlichen“ — Arbeitern als unannehmbar bezeichnet worden. Durch das Vorgehen des Centralvorstandes der „Christlichen“ fühlten die Fabrikanten neuen Mut, welcher sich dahin äußerte, daß einige ihre bereits gemachten Zugeständnisse zurückzogen und auch die Firma Pelker Gebr. wurde durch den Fabrikantenverband gezwungen, eine öffentliche Erklärung zu erlassen, daß, falls nicht vorher in allen Fabriken eine Einigung erzielt sei, sie dann über ihre Fabrik die Sperre verhängen müßten und ihre Arbeiter in einigen Tagen wieder entlassen werde. Da plötzlich erhielten die Verbandsvorstände — und diese zum erstenmale — und die Kommission der Streitenden auf Sonnabend morgen 9 Uhr eine Einladung zu einer Verhandlung mit der Socialen Kommission, um auf Grund der Vorschläge der letzteren Vorschläge zur Einigung zu beraten. Diese Verhandlung ergab für die Vorstände der Verbände die Gewißheit, daß die Socialen Kommission unmöglich einen unparteiischen Standpunkt einnehmen könne. Unverkohlen gaben sie der Erkenntnis Ausdruck und entfernten sich inmitten der Verhandlung mit der Erklärung, daß sie unbedingt an den einmal von der Firma Pelker Gebr. bewilligten Zugeständnissen für alle Fabriken festhalten müßten. Falls der keine christliche Verband Verrath ausüben wolle, so möge er dies ruhig thun; auch die Kommission der Streitenden entfernte sich unter derselben Erklärung und nur die Vertreter des „Christlichen Verbandes“ blieben zurück, welche sich dann auch mit den Vorschlägen der Socialen Kommission einverstanden erklärten. Seitens der Streitleitung wurde sofort ein Flugblatt in tausenden Exemplaren verbreitet, welche das Verhalten der „Christlichen“ und der Fabrikanten der Öffentlichkeit preisgab. Mittlerweile war zur Kenntnis gelangt, daß der „Christliche Verband“ nur an solche Mitglieder Streikunterstützung zahlen wolle, welche einen Revers unterschreiben würden, daß sie Streikbrecher werden wollten. Da die Streik-Kommission den Mitgliedern vom „Christlichen Verband“ ob solcher Handlungsweise Unterstützung anboten, sich auch in allen Kreisen helle Entrüstung über diesen offenkundigen Verrat zeigte, so kam es zum vollständigen Bruch im „Christlichen Verbande“. Die Hälfte der Mitglieder erklärten ihren Austritt und traten zu den anderen Verbänden über. Anerkannter Führer der „Christlichen“ verurteilten offen das verräterische Vorgehen und forderten die Mitglieder öffentlich auf, zum Textilarbeiter-Verband überzutreten. Die Hälfte der Mitglieder des „Christlichen Verbandes“ traten zu uns über und als man sah, daß es uns mit der Auszahlung der Streikunterstützung ernst war — erst da bequeme man sich auch im „Christlichen Verbande“ zur Auszahlung ohne Unterschriften des obigen Reverses. Ein Sturm der Entrüstung über die Haltung des „Christlichen Verbandes“ tönte während der Osterfeiertage aus allen Ecken Aresfelds. Und doch hat dieses Verhalten nur veranlaßt, daß die Streitenden fester zusammenstehen als je. Kollegen! Arbeiter aberwärts! durch die Entwicklung der Dinge treten neue Anforderungen an uns heran. Helft uns noch einmal! Nur kurze Zeit kann der Streik noch dauern. Er wird uns den Vorteil bringen, daß am Niederrhein die Erkenntnis sich Bahn bricht, daß

die ultramontan-christlichen Gewerkschaften der schlimmste Feind des arbeitenden Volkes sind. Darum noch einmal: helft schnell und reichlich und der Sieg wird unser sein.

In den Färbereien von Emil Homberg und Friedrich Cleff in Barmen haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil ihnen die Einführung einer halbständigen Kaffeepause statt einer viertelständigen bei zehnstündiger Arbeitszeit abgelehnt ist.

In Erfurt wurden 200 Tischlergesellen ausgeperrt. Diese Maßnahme wurde von den Meistern ergriffen, um die Tischler einer Möbelfabrik zu zwingen, den Ausstand über diese Fabrik aufzugeben.

Sociales.

Berufskrankheiten. In Dresden herrscht zur Zeit unter den Polierern, hauptsächlich unter den Pianofortepolierern, eine eigenartige Krankheit, die in einem häßlichen Hautausschlag in Erscheinung tritt. Die Kerze, die die Krankheit ziemlich raltlos gegenübersteht, nannten, Scheinen der Krankheit ziemlich raltlos gegenübersteht. Viele Arbeiter müssen feiern ohne Aussicht auf Heilung; man rät ihnen die Ergriffung eines anderen Berufes an. Als ob das so leicht wäre. Von den Arbeitern selbst wird die Krankheit auf gesundheitsschädliches Arbeitsmaterial — Spiritus und blaues Mineralöl — zurückgeführt. Man vermutet sogenannte Terpentinvergiftung, da der Spiritus mit Terpentin denaturiert wird.

Ueber die Verteilung des Volkseinkommens in Oesterreich giebt Dr. L. Verlauf in der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ einige interessante Mitteilungen auf Grund der Ergebnisse der ersten Steuererschätzung, die nach dem neuen Einkommensteuergesetz für das Jahr 1898 vorgenommen wurde. Die Bevölkerung Oesterreichs wird danach mit 25 1/2 Millionen, die Zahl der Haushaltungen mit 5 1/2 Millionen angenommen. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß sich ein gewisser Prozentsatz der Steuerpflichtigen das erste Mal der Einschätzung zu entziehen gewünscht haben wird, kommt Verkauf auf 782 000 Familien. Alle Personen, deren Einkommen unter 600 fl. bleibt, sind steuerfrei. Dies sind danach 4 1/2 Millionen Haushaltungen mit 21,8 Millionen Köpfen oder 85,5 Proz. der Gesamtbevölkerung. Die Steuerpflichtigen verteilen sich auf folgende Einkommensklassen:

	Personen	Gesamt-Einkommen in Millionen Gulden
600 bis 900 fl.	404 044	302,4
900 „ 1500 „	215 100	305,0
1500 „ 3000 „	50 741	139,8
3000 „ 6000 „	22 089	100,4
über 6000 „	17 874	310,6

Gerichts-Beitrag.

Eine Siftierung mit unersichtlichen Folgen. Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir am 24. März v. J. einen Artikel, der unserm Redacteur August Jacobey eine Anklage wegen Beleidigung eintrug, die gestern vor der dritten Strafkammer zur Verhandlung gelangte. — In dem Artikel wurde mitgeteilt, daß der Nachtwächter Hellmuth Frost zu Weihensee dort den Buchbinder Göhlich in der Nacht zum 14. März sifftiert habe, weil derselbe in angetrunkenen Zustände ruhestörenden Lärm verübte. Als Göhlich sich unruhig benahm, habe der Wächter gesagt: „Ich habe Ihnen gleich eine runter!“ Er habe die Drohung auch sofort ausgeführt. Später habe der Wächter dem Göhlich einen Schlag versetzt, daß derselbe hinten über fiel, mit dem Kopf auf das Pflaster schlug und benümmungslos liegen blieb. Der Wächter habe dann mit Hilfe des hinzugekommenen Sendbarnen den Bewußtlosen auf einen Handwagen geladen und ihn nach der Wache gefahren, wo er in die Siftierzelle gebracht worden sei. Am folgenden Morgen gegen 8 Uhr habe die besorgte Ehefrau sich auf der Wache nach ihrem Manne erkundigt. Man habe ihr de ansehend geschlafen, der auf einer Bank in der Zelle lag, er zeige mit den Worten: „Sie können ihn noch nicht mitnehmen, er sieht ja, er ist noch betrunken.“ Um 10 Uhr sei die Frau wieder nach der Wache gekommen und jetzt habe man ihr den Mann ausgelestert. Dieser habe sich kaum fortzuschleppen können. Er habe eine blühende Wunde am Hinterkopf gehabt und viel Blut verloren. Nach Hause gekommen, sei er bald von einer Gehirnerschütterung befallen worden; sein Leben sei noch in Gefahr. — Diese Darstellung soll nicht der Wahrheit entsprechen, besonders in dem Punkte nicht, daß der Wächter dem Siftierten ohne besonderen Grund den folgenstürzenden Stoß versetzt habe.

Staatsanwalt Platsche fand darin eine Beleidigung des Wächters, weil verschwiegen war, daß derselbe sich im Zustande der Rottweil befunden hatte, was zweifellos der Fall gewesen sei. Göhlich sei auch wegen seines Angriffs auf den Wächter mit einer Geldstrafe belegt worden. Er beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 150 M. Der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine führte aus, daß das Verhalten des Wächters nicht als forrest bezeichnet werden könne. Einen Kranken wehre man nicht so von sich ab, wie der Wächter es gethan, sondern der Beamte hätte, wenn es durchaus nötig war, ihn durch den üblichen Polizeigriff im Geisde unschädlich machen können. In der ganzen Darstellung des Vorfalles sei etwas Beleidigendes nicht zu finden und er erwarte deshalb ein freisprechendes Urteil. Der Gerichtshof folgte den Ausführungen des Staatsanwalts, während er aber für den Angeklagten ins Gewicht, daß derselbe den Artikel erst aufgenommen habe, nachdem er in Weihensee Ermittelungen hatte anstellen lassen. Dabei möchten die Zeugen denn wohl nicht ganz der Wahrheit entsprechend berichtet haben. Es sei deshalb nur auf eine Geldstrafe von 50 M. erkannt worden.

Recht teuer ist dem Berliner Magistrat der Prozeß zu stehen gekommen, welchen der Hilfsarbeiter Luchardt gegen ihn geführt hat. L. war im Jahre 1892, wie er behauptete, zu Unrecht entlassen worden und dieserhalb gegen den Magistrat klagbar geworden. Nach langjährigem Prozeß ist nun vor dem Kammergericht ein Vergleich zu Stande gekommen, demzufolge sich der Magistrat unter Uebernahme der Kosten verpflichtet, dem Kläger sein Gehalt vom Tage seiner Entlassung an in Höhe von 10 400 M. nachzuzahlen und ihm eine Pension von monatlich 50 M. zu gewähren. Die Summe von 10 400 M. ist am Sonnabend zur Auszahlung gelangt.

Letzte Nachrichten und Deyeschen.

Frankfurt a. M., 4. April. (B. G.) Aus Rom wird der „Frankfurter Jtg.“ gemeldet: Im Vatikan ist ein Interregnum Napolas Thatsache geworden. Der Papst ist zu schwach, um den Bischöfen nachzugehen zu können, und bringt den Tag in halbem Ermattungsstadium zu. Die entgegengesetzten Meldungen, die in gewissen Zeitungen erscheinen, sind vom Vatikan inspiriert. Die Kardinalen stellen das Befinden des Papstes günstiger dar, um eine Streiffion der Mächte in Bezug auf das Conclave zu verhindern, und um dieses selbst in aller Stille vorbereiten zu können.

Hamburg, 4. April. (B. Z. B.) In einer gestern in Altona abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Schneider teilte der Vorsitzende mit, daß wenig Aussicht vorhanden sei, in Altona und Ottenfen den Lohnkampf der Schneider zu einem für die Gesellen günstigen Abschluß zu führen. In Hamburg wurde zwischen den streikenden Schneidergesellen und den meisten größeren Schneidergeschäften eine Einigung erzielt.

Rom, 4. April. (B. G.) Der Papst hatte gestern einen längeren O h n m a c h i s a n f a l l .

Rom, 4. April. (B. Z. B.) Der Minister des Aeußeren C a n e a r o konferierte heute mit Marquis Salvago Raggi, welcher sich am 8. M. in Marcella nach Peking einschiffen wird, um die Verhandlungen zwischen Italien und China wieder aufzunehmen.

Kommunales.

Das Friedhofportal. Die „Volls-Zeitung“ berichtet: In Sachen des Friedhofportals im Friedrichshain wird uns aus Potsdam gemeldet, Oberpräsident v. Achenbach habe sich dahin entschieden, daß die vom Polizeipräsidenten erlassene Verfügung vom 15. Februar d. J., durch welche dem Hoffmannschen Portalsentwurf die Bauerlaubnis verweigert wird, eine ortspolizeiliche sei. Der Berliner Magistrat hatte, wie erinnerlich, gegen jene Polizeiverfügung die Klage beim Bezirksauschuss und die Beschwerde beim Oberpräsidenten der Provinz eingelegt, weil damals der Charakter der Verfügung noch nicht feststand. Der Oberpräsident hat nun lokalweise anerkannt, daß die Vereinbarung zwischen Magistrat und Polizeipräsident, wonach nur solche Verfügungen der letzteren Behörde als landespolizeiliche angesehen werden sollen, welche ausdrücklich als solche bezeichnet worden sind, für das Polizeipräsidentium noch heute rechtsverbindliche Kraft hat. (Die Polizeiverfügung vom 15. Februar ds. Js. war nämlich nicht als landespolizeiliche bezeichnet und mußte daher als ortspolizeiliche gelten, wenn jene vor vielen Jahren getroffene Vereinbarung noch rechtliche Wirkung hatte.) Damit hat sich der Oberpräsident zugleich für zuständig in der Beschwerde-Inzanz erklärt, und dem Magistrat bleibt gegen den abtretenden Bescheid des Herrn v. Achenbach nur eine richterliche Instanz übrig, nämlich des Ober-Verwaltungsgericht. Nach §§ 128, 129 des Gesetzes vom 30. Juli 1883 hat der Beschwerdeführer die Wahl zwischen Beschwerde und Klage, wobei die Anbringung des einen Rechtsmittels aber das andere ausschließt. Und bei gleichzeitiger Anbringung beider Rechtsmittel soll nur der Beschwerde Fortgang gegeben, die Klage aber durch Verfügung der zuständigen Behörde (vorliegendenfalls des Polizeipräsidentiums) zurückgewiesen werden, wogegen wiederum die Beschwerde (an den Bezirksauschuss) zulässig ist. Man ersieht hieraus, daß der Bescheid des Magistrats (der sich zwei richterliche Instanzen, Bezirksauschuss und Oberverwaltungsgericht, sichern wollte) vom 17. Februar, Klage beim Bezirksauschuss zu erheben, vollkommen richtig war, trotzdem er von der Riquel-offiziösen Korrespondenz angefochten wurde. Jedenfalls hat der Magistrat auch in der Beschwerdeschrift die Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren ausdrücklich beantragt.

Mit dem Stein-Zementpflaster sind seit einiger Zeit in verschiedenen Berliner Straßen Versuche angestellt, doch scheint sich diese Pflasterart nicht besonders zu bewähren. Auf der ersten der drei Probestellen, dem Wilsingplatz, hatte sich das Pflaster zuerst ziemlich gut gehalten, hat sich dann aber stark abgenutzt. An der zweiten Stelle, in der Invalidenstrasse vor dem Gebäude der Ministerial-Baukommission, ist der Versuch vollständig mißglückt, da sich schon nach einigen Monaten tiefe Löcher zeigten. Eine dritte Versuchsstelle ist am Halleschen Ufer; dort ist das Pflaster erst im Spätherbst gelegt und der Verkehr sehr gering, so daß sich über das Gelingen oder Wilsing dieses Versuchs noch nichts sagen läßt. Jedenfalls soll noch ein Jahr gewartet werden, ehe ein endgültiges Urteil über diese Pflasterart gefällt wird.

lokales.

Erster Reichstagswahlkreis. Morgen Donnerstagabend 8 1/2 Uhr findet eine öffentliche Versammlung in Coburgs Festhale, Deuthstraße Nr. 20/21 statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Genosse W. Liebigne über die Angelegenheit des „Friedens-Kongresses“ spricht. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Zur Neuwahl im zweiten Wahlkreise. Den Parteigenossen und Genossinnen die Mitteilung, daß am Donnerstag, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr, in Kriegers Salon, Wasserhorststr. 68, eine Versammlung stattfindet, in der Reichstags-Abgeordneter Max Schippei über die bevorstehende Neuwahl sprechen wird.

Warum wurde die Wahl des Herrn Abg. Kreitzing kassiert? Ueber diese Frage spricht Parteigenosse Abgeordneter Otto Antrich am Donnerstag Abend in einer bei Habel, Bergmannstraße 5-7 stattfindenden öffentlichen Versammlung des Wahlvereins für den zweiten Wahlkreis. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Eugen Richter wird auf seine alten Tage immer — geschiedter und im selben Grade auch anständiger. Vor Wochen prüfte er, den Beweis erbringen zu können, daß Tausende von socialdemokratischen Wählern im zweiten Wahlkreis sich in die Wählerliste haben eintragen lassen, ohne auch nur eine Nacht in dem angegebenen Hause gewohnt zu haben. Heute endlich rafft er sich zum Beweise auf. Und um seine Leser über den plumpen Schwund hinwegzuführen, setzt er der Notiz das recht freisinnig empfundene Schlagwort vor: Wahlfälschungen der Socialdemokratie. Aus den Tausenden ist ein einziger — Wähler geworden: ein Tapezierer Ademaheer, der angeblich Victoriastr. 15 angemeldet, niemals dort gewohnt, trotzdem aber bei der Hauptwahl nicht einmal bei der Stichwahl — sein Wahlrecht ausübt habe. Angenommen, es läge hier keine freisinnige Fälscherlei vor: woher weiß Eugen Richter, daß der Mann socialdemokratisch gewählt hat? Mit demselben Rechte können wir behaupten, der Mann habe freisinnig gewählt. Wo bleiben nun aber die Tausende von socialdemokratischen Wählern, von denen Eugen Richter gesunken hat?

Die verachtete Kranken-Zuschkasse „Vollwohl“ macht sich für deren ehemalige Mitglieder immer noch recht unangenehm bemerkbar. Von den Liquidatoren sind bisher etwa 1000 Mitglieder erfolgreich auf Zahlung der angeblich rückständigen Beiträge verklagt worden. Rechtswidrigerweise hat man die Klage gegen die betreffenden Mitglieder anhängig gemacht, ohne sie vorher zur Zahlung aufzufordern und so die Verantwortlichkeit auch noch mit den Gerichtsinstanzen belastet. Obwohl einem Teil der Verurteilten von den Liquidatoren bis zum 6. April Frist gegeben war, ist auch bei diesen vor dieser Zeit die Zwangsvollstreckung vorgenommen worden; somit sind ihnen dadurch weitere Kosten verursacht worden. Daß bei der Eintreibung der Gelder streng vorgegangen wird, daß geht daraus hervor, daß bei allen, die nicht im Stande waren, den auferlegten Betrag, der infolge des gerichtlichen Verfahrens die Höhe von 8 und 10 Mark erreicht hat, sofort zu bezahlen, die geringen Haftbefehle verweigert worden sind. Unter den Betroffenen befinden sich auch solche Personen, die nach dem Statut und den sonstigen Gespögenheiten schon längst nicht mehr Mitglieder der Kasse sind und ferner solche, denen die statistische Unterzählung nicht ausbezahlt worden ist.

In einer Versammlung der Interessenten der Kranken-Zuschkasse „Vollwohl“, die am zweiten Osterfeiertag im „Englischen Garten“ tagte, wurden die Zustände in der verachteten Kasse und insbesondere das Verfahren der Vorstandsmitglieder Deutler und Paul einer sehr herben Kritik unterzogen. Es wurde diesen Herren der Vorwurf gemacht, daß sie, nachdem die Krankenkasse „Konordia“ liquidiert hatte, die Kasse „Vollwohl“ lediglich gegründet hätten, um sich eine angenehme Existenz zu verschaffen. Auch wurde darauf hingewiesen, daß die Verwaltungskosten die Summe der ausgezahlten Unterzahlungen erheblich übersteigen. Für die Ausarbeitung des Statuts, trotzdem dasselbe nur eine Abschrift von dem der „Konordia“ ist, sind in der Abrechnung 304 M. aufgeführt. Wohl infolge der mangelhaften Buchführung sind Personen, die Eintrittsgeld und Beiträge gezahlt haben, gar nicht als Mitglieder gebucht gewesen. Von anderen Mitgliedern soll doppelte Bezahlung verlangt worden sein. — Von der Versammlung wurde be-

schlossen, die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten gegen die in Betracht kommenden Vorstandsmitglieder zu veranlassen und der bestehenden Kommission aufgegeben, Schritte zu unternehmen, um die ehemaligen Mitglieder der Kasse vor weiteren Nachteilen zu schützen.

Als „Krankenkasse für Fabrikarbeiter (E. Hilfsk.)“ wird die neueste Gründung jener Herren bezeichnet, unter deren Einfluß die Volkstrankenkasse in der Müllerstraße verachtet ist. Wir hoffen von der Arbeiterschaft, daß sie sich im eigenen Interesse von der neuen Kasse und von Unternehmungen ähnlicher Art strenge fernhalten werde. Solche Gründungen haben bis jetzt nur ihren Urhebern ein mehr oder minder hohes Einkommen verschafft und die Mitglieder immer auf das empfindlichste geschädigt.

Die Kranzpenden für die Märzgefallenen sind am Dienstag früh durch das Personal der städtischen Parkverwaltung von den Gräbern genommen und beiseite geschafft worden, um demnächst vernichtet zu werden. Sie haben diesmal über 2 Wochen gelegen und sind in dieser Zeit bis zum letzten Tage fortgesetzt von einer großen Zahl von Personen besichtigt worden. Noch am Dienstag früh mußten viele vor dem Thor des von den Parkarbeitern besetzten, seines Schmuckes bereits beraubten Friedhofes umkehren. Im vorigen Jahre waren die Kranze bemalend schon wenige Tage nach dem 18. März vernichtet worden. In der Stadtkorordnetenversammlung wurde dazu vom Magistratsrat aus bemerkt, die Kranze seien nur deshalb so zeitig weggenommen worden, weil die Kosten für die Aufzählung des Friedhofes noch in dem alten (mit dem 31. März abschließenden) Etatsjahr liquidiert werden mußten; wenn die Arbeiten nicht mehr im März gemacht worden wären, so hätten die Kosten in den neuen Etat hineingenommen werden müssen. In diesem Jahre können nun die Kosten wirklich erst nach dem 1. April liquidiert werden. Hoffentlich geräth die städtischen Finanzen dadurch nicht zu sehr in Unordnung.

Frühlingslüfte wehten nun doch im Ostern. Vor acht Tagen noch mächtiger Schneesturm und jetzt wenigstens eine Abmilderung des kommenden Waiens. Am ersten Feiertage war es allerdings noch etwas rauh im Freien; der Montag aber brachte mit seinem linden Sonnenschein ganz Berlin auf die Beine. Der Verkehr auf der Stadtbahn und den Straßenbahnen war gewaltig, und nur mit Mühe gelang es, den riesigen Andrang auf den Bahnhöfen zu bewältigen. Die Stadtbahnverwaltung hatte für das Fest einen besonderen Fahrplan vorgesehen, und wiewohl sich die Züge auf der Stadtbahnlinie in Abständen von zwei bis drei Minuten folgten, genügte sie am zweiten Feiertage nicht, den Massenverkehr zu bewältigen; es mußten noch Sonderzüge eingelegt werden. Zu den nach dem Grunewald fahrenden Zügen war der Ansturm geradezu unheimlich. Vom Bahnhof Charlottenburg wurden Sonderzüge nach dem Grunewald abgefahren. Stürmische Szenen spielten sich auf dem Schlessischen Bahnhof ab. Die hier einfahrenden Züge nach Friedrichshagen waren fast sämtlich gedrängt voll. Selbst in den Wagenabteilen zweiter Klasse befanden sich häufig zwanzig und mehr Personen, obwohl Sonderzüge auch vom Schlessischen Bahnhof aus abgefahren wurden. Um mitzukommen, erkletterten Männer die Dede der Wagen, andere blieben auf den Trittbrettern stehen; sie mußten gewaltig von diesen unzulässigen Plätzen herabgeholt werden. Ebenso wilde Szenen wiederholten sich bei der Rückfahrt in den Vororten. Ähnliche Zustände herrschten im Straßenbahnverkehr.

Zur Kurpfuscherrei. In medizinischen Blättern warnt die Behörde vor den A. Winter in Slettin, Oberweg 73, angepriesenen Schickletten mit Flußhableitung, sowie vor einem gegen alle möglichen Krankheiten angepriesenen Mittel des „praktischen Baumheildistills“ G. Gramme in Leipzig, Kochstr. 4, das in den Reklamen dieses Herrn unter der Ueberschrift „Das Ei des Kolombus“ als „Lebensweder“ bezeichnet wird. Diese angeblichen Heilmittel werden vom Orts-Gesundheitsrath in Karlsruhe völlig wertlos und nicht ungefährlich genannt. Die Medizinbehörden sollten derartige Warnungen nicht nur in der Fachpresse, sondern vor allen Dingen in den Tagesblättern veröffentlichen.

Die Ruderriege der Friedrichs-Werderschen Oberrealschule ist von einem schweren Unglück betroffen worden. Am Sonnabend abend lief bei der Direktion von Seiten der Redaktion des „Wassersport“ durch Rohrpostkarte die Meldung ein, daß ein kleines unter der Flagge der Schule fahrendes Boot, der „Titel Freig“ gefeuert aufgefunden sei und daß von der Mannschaft jede Spur fehle. Der Direktor überbrachte diese Nachricht sofort dem Leiter der Ruderriege, Herrn Oberlehrer Dr. Engelmann, und dieser begann noch in der Nacht zum Sonntag die eifrigsten Nachforschungen, deren Ergebnis war, daß am Karfreitag, an welchem noch seiner ausdrücklichen Anordnung überpaßt nicht gerudert werden sollte, drei Oberseeländer Walter Köppen, Kurt Wanz und Albert Erber vormittags im Bootshaus das genannte Fahrzeug entliehen hatten und stromaufwärts gefahren waren, daß sie am Freitag nachmittag noch gesehen worden, wie sie fröhlich singend, dicht am Ufer der kleinen Müggel entlang fuhren, und daß sie seitdem verschwunden sind. Wann und auf welche Weise sie verunglückt sind, ist ein Geheimniß und wird wahrscheinlich ein Geheimniß bleiben. Es fehlt jeder Anhalt für eine Erklärung des Unglücksfalles.

Auf höheren Schulen wird namentlich der Rudersport seit einigen Jahren mit einer Furcht gepflegt, die bei aller Achtung vor körperlichen Leistungen, eigentlich eines vornehmeren Objekts würdiger wäre. Hoffentlich sind die verunglückten Schüler nicht als Opfer jener Begerei zu beklagen.

Flüchtiger Banker. Unter Mitnahme einer großen Summe ihm anvertrauter Gelder ist Riese, der Wittinhaber des Bankhauses Rudolf Pohl, Dessauerstr. 1, flüchtig. Zahlreiche kleine und mittlere Beamte, Geschäftsleute und Handwerker, die dem Bankhause ihre Ersparnisse anvertrauten, haben deren Verlust zu beklagen. Der Produzent von der Firma Schmalbach, Dessauerstr. 6, verliert allein 30 000 M., und groß ist die Zahl derjenigen Gläubiger, die je 3 bis 10 000 M. einbüßen. Vor 14 Tagen zeigte der flüchtige seinem Geschäftspersonale eine Depesche vor, die ihn angeblich zu einer zweitägigen Geschäftsreise nach auswärts rief. Jedemfalls war die Depesche von einer Mittelsperson aufgegeben oder überhaupt gefälscht, denn R. kehrte nicht wieder zurück und eine vorgenommene Klaffenrevision ergab das Fehlen der Depots und einer hohen Geldsumme. Nur ein winziger Barbetrug war zurückgelassen. Am letzten freitag lief von dem Verschwindenden eine aus Holland datierte Postkarte mit der Meldung ein, daß er nicht mehr zurückkehre, worauf die Bank geschlossen wurde. Die Karte ist jedenfalls gefälscht, um die Nachforschungen von der richtigen Fährte abzulenken. Wie hoch die veruntreute Summe ist, entzieht sich noch der Deffentlichkeit. Man spricht von über eine Million; sicher aber erreicht die Defraudation die Summe von mehreren hunderttausend Mark.

Von anderer Seite wird zu der Flucht des Riese noch gemeldet: Als Riese verschwand, machte sein Socius Paul Müller, nichts Gutes ahnend, sich an eine Durchsicht des Geldsindes. Seine Befürchtungen wurden noch übertriften. Alle Wappens waren leer, Depots und Betriebskapital verschwunden. Müller brach ohnmächtig zusammen. Als er sich mit Hilfe der jungen Leute wieder erholt hatte, machte er sofort Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. 17 Mark und 50 Pf. ist alles, was der flüchtige zurückgelassen hat. Müller ist um sein ganzes Vermögen gebracht, und auch der alte Herr Pohl, der das Geschäft vor einiger Zeit seinem früher im Geschäft angestellt gewesenem Nachfolger wohlfeil überlassen hatte, verliert einen beträchtlichen Teil des seinigen. Auch seine eigenen Angehörigen hat der flüchtige vollständig mittellos zurückgelassen. Die geschädigten Kunden fanden sich schon gestern morgen in großer Anzahl ein, um ihr Unglück bestätigt zu erhalten. Da die end-

gültigen Abrechnungen mit den Banken noch ausstehen, so läßt sich die veruntreute Summe noch nicht genau angeben; nach einer Schätzung Müllers beträgt sie gegen 300 000 M. Riese ist wahrscheinlich mit einer seiner Geliebten durchgebrannt.

Prof. Dr. Carl Scheibler †. Am Vormittag des Osterfestes ist hier in seiner Wohnung, Buchenstr. 6, der Prof. emer. an der Landwirtschaftlichen Hochschule Gehemilrat Professor Dr. Carl Scheibler einem asthmatischen Erstickungsanfall erlegen. Professor Scheibler war am 16. Februar 1827 zu Eupen in der Rheinprovinz geboren. Seit dem Jahre 1858 beschäftigte er sich mit dem Studium der Zanderfabrikation, deren wissenschaftlichen Ausbau er zu seiner Lebensaufgabe machte.

Durch einen Säbelhieb ist in der Nacht zum ersten Feiertage der 24jährige Artist Paul Gohle aus der Götterstraße 38 bei einem Zusammenstoß mit einem Schuttmann schwer verletzt worden. Gohle ist vorherregnumast, augenblicklich aber ohne Beschäftigung. Er hatte sich am Sonnabend abend mit fünf Bekannten in einer Gastwirtschaft der Wangelstraße schwer betrunken. Auf dem Heimwege hängelte die Gesellschaft an der Ecke der Wangel- und Doppelstraße einen Schuttmann und griff ihn schließlich auch thätlich an, nachdem er ihr das Lärmen unterjagt hatte. Der Schuttmann versetzte Gohle einen Säbelhieb über den Kopf. Während die übrigen entkamen, wurden drei auf die Wache des 79. Regiments gebracht. Von hier wurde Gohle, der oben an der rechten Seite des Kopfes eine klaffende Wunde erhalten hatte, dem Krankenhaus am Urban zugeführt.

Wegen gewerbmäßigen Glücksspiels wird der 62 Jahre alte aus Hamburg gebürtige Kaufmann und Redacteur Wolf Carlstens steckbrieflich verfolgt. Carlstens verwaltete eine Unter den Linden 60 eingerichtete Turfagentur, die einem Bettenvermittler Meyer aus Wandbeck gehört, und redigierte dessen „Sportliche Rundschau“. Meyer hatte früher sein Hauptgeschäft in Hamburg, siedelte jedoch zu Beginn dieses Jahres hierher über und leitete nun die Agentur Unter den Linden selbst. Carlstens, der entlassen wurde, arbeitete nun selbständig und gerieth bald mit dem Staatsanwalt zusammen, sodah er sich gezwungen sah, die Flucht zu ergreifen. Ein anderer Angestellter, ein junger Mann namens Max Kern, hat Meyer erheblich geschädigt und wird ebenfalls verfolgt. Er hat dem Geschäftsinhaber u. a. 700 M., die er in Betten anlegen sollte, und den Betrag eine Vierteljahresmiete unterschlagen.

Ein großer Fabrikbrand alarmierte am ersten Osterfest früh 4 Uhr mehrere Löschzüge nach Dresdenstr. 76, dessen Quergebäude von Gohrbetriebes besetzt ist. Das Feuer brach in der Möbelfabrik von Ernst Rin u. Co. aus, wie angenommen wird, bereits am Sonnabend abend, und zwar dadurch, daß ein in der Tischlerei befindlicher Gasarm zu nahe an der Dede angebracht war und diese unbenutzt entzündete. Die Gefahr wurde zuerst durch den im Nebenhause wohnenden Mollerreibeführer H. Weutner bemerkt, als dieser wie alltäglich um 4 Uhr mit seiner Frau nach dem Kuhstall ging, um zu melken. Die Feuerwehre hatte dem bedrohenden Elemente gegenüber einen schweren Stand und mußte stundenlang Wasser geben, bevor sie das Feuer zum Stehen brachte. Der verursachte Schaden dürfte annähernd 100 000 M. betragen. Neben der Möbelfabrik hat auch die Kartonsfabrik von Greifenhagen, die sich in demselben Gebäude befindet, beträchtlichen Schaden erlitten.

Ein entsetzlicher Unfall, der eine große Aufregung hervorrief, trug sich Montag nachmittag kurz vor 5 Uhr in der Saligerstraße auf der elektrischen Straßenbahn zu. Vor dem Hause Nr. 67 spielten mehrere Knaben, unter ihnen der 5 Jahre alte Sohn Bruno des Arbeiters Biensche aus der Saligerstraße 65. Als dieser mit einem Bepfeiler, dem vierjährigen Sohne Bruno des Schankwirts Krause aus demselben Hause über den Damm nach der Mittelpromenade laufen wollte, sah er den von der Wangelstraße her kommende Motorwagen der Linie Schlessisches Thor—Zoologischer Garten und warf ihn zu Boden, während der kleine Krause sich von ihm loslöste und noch rechtzeitig beiseite sprang. Der Wagenführer bremste, was er konnte. Die Schuttschaufel aber hatte den Knaben am Genick getroffen und ihm die Wirbelsäule gebrochen. Das Publikum mußte ausweichen und der Wagen zur Befreiung des Verunglückten hochgehoben werden. Man zog aber nur noch eine Leiche unter ihm hervor.

Nach Unterschlagung von 10 000 M. ist der am 4. August 1898 zu Berlin geborene Kaufmann Feig Schneider seinem hiesigen Chef flüchtig geworden. Die Staatsanwaltschaft zu Berlin erläßt daher hinter ihm einen Steckbrief. — Ein anderer Defraudant aus Berlin, ein Fleischergehilfe, ist auf dem Bahnhof zu Bremen festgenommen worden. Den größten Teil des unterschlagenen Geldes hatte er freilich schon verjubelt.

Unterschlagungen, Urkundenfälschungen und andere Vergehen hat sich der 18jährige Handlungslehrling R. zu schulden kommen lassen. Er war in einem Leipzig-Import-Geschäfte thätig und benutzte zur Ausführung seiner That stets die Sonnabende, an denen er meist allein im Comptoir beschäftigt war. R. machte sich Rechnungsauszüge und verschaffte sie mit der Unterschrift des Chefs, auch eignete er sich wertvolle seidene Teppiche an, die er in Form von kleinen Paketen leicht aus dem Hause befördern konnte. Als schließlich die Unterschlagungen entdeckt wurden, verschwand R. Doch ist er nunmehr verhaftet worden. Wie sich herausstellte, ist er ein Freund des Defraudanten Wills Lange. Der der Firma zugelegte Schaden soll sich auf ca. 25 000 M. belaufen.

Ein Selbstmordversuch wurde am Ostermorgen im Schnellzug Berlin—Köln ausgeführt. Als letzterer, vom Schlessischen Bahnhof kommend, 8 Uhr 14 Minuten in Spandau eintraf, meldeten Passagiere eines Abteils zweiter Klasse, daß ein Reisender sich während der Fahrt zwischen Charlottenburg und Kupferheide die Kehle durchschnitten habe. Der lebensmüde Passagier wurde aus dem Wagen gehoben und sogleich nach dem städtischen Krankenhaus geschafft. Er ist ein torpulerer, anscheinend den besser situierten Ständen angehöriger Mann im Alter von ungefähr 30 Jahren.

Einen schweren Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Straßenbahnwagen und einem Postwagen gab es am ersten Feiertag mittags um 11 1/4 Uhr in der Alexanderstraße am Königsgraben. Ein Postpadetwagen kam vom Königsgraben her und wollte in der Alexanderstraße einlenken. Als er umbog, sah er ein von der Schönhauser- und Weinmeisterstraße kommender Straßenbahnwagen der Linie Gesundbrunnen-Motrigplatz-Krenzberg mit großer Wucht hinter an der rechten Seite und warf ihn um. Der Postillon reitete sich durch Abspringen, sog aber mit dem Kopfe gegen eine Hausmauer und zog sich einige Hautabschürfungen zu. Die Pakete, die auf die Straße rollten, blieben unbeschädigt, der Schaffner und ein Grenadier vom 4. Garde-Regiment zu Fuß, die sich im Wagen befanden, kamen mit dem bloßen Schreden davon. Der beschädigte Postwagen mußte außer Dienst gestellt werden.

Marktpreise von Berlin. 1. April 1899. (Nach Ermittlungen des Polizeipräsidentiums.) Weizen 15,70—14,00 M., Roggen 14,25 bis 13,30 M., Futter-Gerste 13,60—13,00 M. (ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der preuß. Landwirtschaftskammer — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidentium für den Doppelcentner). Hafer, gute Sorte 15,40—14,90 M., Mittel-Sorte 14,80 bis 14,20 M., geringe Sorte 14,10—13,50 M., Nichtstroh 4,50—4,00 M., Gerst 7,30—4,60 M., Erbsen, gelbe zum Kochen 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße, von 50,00—25,00 M. Linsen von 70,00 bis 30,00 M. (Reinhandelspreise); Kartoffeln von 6,00 bis 4,00 M.; alles per 100 Kilogramm. Rindfleisch von der Keule von 1,80—1,20 M., Bauchfleisch 1,20—1,00 M., Schweinefleisch von 1,80 bis 1,20 M., Stabfleisch von 1,80—1,00 M., Hammelfleisch von 1,60 bis 1,00 M., Butter von 2,60—2,00 M.; alles per 1 Kilogr. Eier

4.00—2.40 M. per 60 Stk. Fische per 1 Kilogr.: Korpsen von 2.20—1.20 M., Kalle von 3.00—1.80 M., Zander von 2.80—1.00 M., Seiche von 2.40—1.00 M., Barsche von 1.80—0.80 M., Schleie von 3.80—1.40 M., Hele von 1.40—0.80 M., Krebse 60 Stk. 12.00 bis 4.00 M.

Berliner Produktmarkt. Die wärmere Temperatur und michte Haltung der Auslandsbörsen wirkten abkühlend auf den hiesigen Getreidemarkt, die Tendenz neigte nach unten und gab daraufhin Weizen 1 1/2 M., Roggen 1 M. nach. Hafer verkehrte still. Mais leicht nachgebend. Hübel etwas fester und eine Kleinigkeit im Werte anziehend. Die Tendenz für Soloware war an Spiritusmarkt fest. Hamburg trat wieder als Käufer auf. Zum Handel gelangten 125 000 Liter 70er Ware, wovon 100 000 Liter allein für Hamburger Rechnung aus dem Markte genommen wurden, bezugslos wurde 40 M. (+ 0.80 M.) 50er Ware nicht zugeführt. Termine schwach einsehend, konnten sich im Ansehn an Soloware kräftigen. Nat-Kamine wurden mit 45.10 M. angegeben. — Kartoffelfabrikate. Berlin, 4. April. Prima Kartoffelmehl per 100 Kilogr. 20.00 M. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogr. 20.00 M. Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kilogr. 10.40 M.

Etwas 800 Personen waren am 1. Osterfesttag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Razareth-Friedhof an der Daldorfer Chaussee erschienen, um dem am 28. März verstorbenen Genossen Siforski die letzte Ehre zu erweisen. Wie bereits mitgeteilt, hatte die Friedhof-Verwaltung der üblichen Pietät, die man dem Freunde gegenüber zu erfüllen gewohnt ist, dadurch ein höchliches Gebot gegeben, daß sie das Abtragen einiger zweckentsprechender Gräber sowohl am Grabe als auch in der Leichenhalle verbot. Das Verbot wurde vom Pastor Diehlkamp, bei dem einige Mitglieder des Gesangsvereins „Mäiglöckchen I“ Rücksprache hielten, damit gerechtfertigt, daß namentlich in jedem Falle, wo ein Prediger seitens der Anwesenden bei der Leichenfeier nicht zugezogen ist, der Gesang zu unterbleiben hat. Dies sei ein Beschluß der zuständigen Behörde, er könne dagegen nichts thun. — Nun, der Verstorbene ist auch ohne Gesang feierlich bestattet worden. Neben einer größeren Anzahl von Stützen sind namentlich hervorzuheben die Kränze des Wahlvereins Berlin VI, des Metallarbeiter-Verbandes und des Gesangsvereins „Mäiglöckchen I“, die am Grabe unter Protest des Todtenräbers mit einigen zu Herzen gehenden Worten niedergelegt wurden. Damit war natürlich der Zweck auch erreicht. Wir hatten aber, als wir den Friedhof verließen, das Gefühl, daß die Diener des Herrn es vortrefflich verstehen, den Akt, auf dem sie sitzen, selbst abzulügen.

„Fahked“ sind diejenigen Antisemiten, die im zweiten Wahlgang für den konservativen Kandidaten v. Wilmanski stimmen. Der „General-Anzeiger“ des Herrn Seblager, der die obige geharnischte „offizielle“ zu folgendende Wahlparole“ ausgiebt, bemerkt noch dazu:

„Wir glauben kaum (und sind nach unserer Fählung mit unseren Abgeordneten berechtigt, dies anzunehmen), daß die Parteileitung der deutsch-sozialen Reformpartei anderer Meinung sein und eine andere Parole ausgeben wird, denn oft genug hat sie in letzter Zeit gezeigt, daß auch sie in Zukunft den Antisemitismus schärfer betont wissen will und unserer Meinung beipflichtet, daß wir im Reichstage gerade ferner Männer brauchen und nicht rückgratlose Hölzlinge. Die Antisemiten des zweiten Wahlganges enthalten sich also am 11. April der Wahl, jedenfalls wählen sie nicht den konservativen Geheimrat!“

Die städtischen Fortbildungsschulen für Jünglinge beginnen das Sommer-Semester am Donnerstag, den 6. April. Die Kurse dauern bis Sonnabend, den 30. September. Der Unterricht in folgenden Fächern ist unentgeltlich: Deutsch, Mathematik, einfache Buchführung, Geometrie, Physik, allgemeines Zeichnen, Geschichte und Gesechteskunde. — Für folgende Fächer ist Schulgeld zu zahlen: Für Modellieren halbjährlich 1 M., für doppelte Buchführung und für zweijährige Kurse im Fachzeichnen halbjährlich 2 M., für Französisch und Englisch und für die vierjährigen Kurse im Fachzeichnen halbjährlich 4 M. Auch für die zweijährigen Kurse im Fachzeichnen kann 2 M. Schulgeld erhoben werden. Für Kurse in der Stenographie und im Maschinenzeichnen wird ein Schulgeld von je 1 M. pro Wochenstunde halbjährlich erhoben. Die Beiträge von 4 M. können auch in Teilzahlungen und zwar in den ersten vier Monaten des Halbjahres mit je 1 M. anrichtet werden. — Diese Fortbildungsschulen befinden sich: Wasserwerkstr. 31, Dirigent Herr Schaubert; Gendarmenstraße 17—18, Dirigent Herr Kellor; Hinter der Garnisonstraße 2, Herr Kellor; Dönhofsplatz 18, Herr Kellor; Langendamm 2, Herr Kellor; Dönhofsplatz 34, Herr Kellor; Turmstr. 86, Dirigent Herr Endow; Schillerstr. 85—88, Herr Kellor; Putzstr. 23, Herr Kellor; Kottbuscherstr. 38, Dirigent Herr Pagel; Reichensbergstr. 44—45, Herr Kellor; Kottbuscherstr. 4, Dirigent Herr Brüggenmann; Dönhofsplatz 18 a, Herr Kellor; Gendarmenstr. 18, Dirigent Herr Brüggenmann; Wasserwerkstr. 49, Herr Direktor Gutzmann. An dieser Schule wird nur in Deutsch, Rechnen und Handarbeit Unterricht erteilt. — Anmeldungen von Schülern nehmen die vorbezeichneten Leiter der Schulen entgegen.

Die Adressenliste ist auf der Wochenausgabe am Kurierstand am den Ostertagen eröffnet worden. Die Konkurrenz bestand nur aus deutschen Fahrern. Leider ereignete sich am Ostermontag ein schwerer Sturz. Pächter fuhr mit seinem neuen Landempartner Audela bei dem zehnten Kilometer Landemrennen im rasenden Tempo die Kurve herum, als das Pedal der Maschine brach und beide Fahrer im großen Bogen auf den Rasen des Innenraums geschleudert wurden. Audela kam mit dem bloßen Schreck davon, während der Güne Pächter sich eine schwere Schulterverrenkung zuzog, an der er sich einige Wochen laborieren wird. Am zweiten Tage ging alles glatt von statten. Der Besuch war nicht besonders stark.

Theater. Im Luisen-Theater wird in einer Poffe „Nach Bekannten Muthen“ die Berberlichkeit politischer Verhältnisse zur Zeit so anschaulich demonstriert, wie dies kaum die unparteiische Presse fertig zu bringen vermag. Das Wesert ist das alte und soll die Wirkung haben, daß der Zuschauer sich recht scharf die Moral des Sprichworts „Schuler bleib bei deinem Meister“ einprägen. Ein reich gemordeter Pöblistriert den politischen Wahn und meint, etwas Besonderes zu thun, wenn er allerhand Kränklichkeiten seines Vorbildes Widmann nachahmt. Er mietet eine Wohnung in der Wilhelmstraße, kauft sich einen Hund, den er Friedrichstr. nennt, und macht sonst allerhand Dummdreier nach dem Schema. Wie er sich räuspert und wie er spukt. Schließlich wird der Hund der Poffe von seinen biederen alten Freunden wieder auf den Hof der Philistervernunft zurückgeführt. Doch in einem solchen Stück der schäblichen Parteilichkeit ebenfalls nach der Gespinntheit der unparteiischen Presse geradezu satirisch verparnt wird, versteht sich am Bande.

Das **Ostend-Theater** hat sich diesmal auf einem Gebiete versucht, auf welchem bisher Direktor Samst ziemlich landstreichend das Rechte führte. Herr Direktor Weis ist nämlich spornreichs dem letzten großen Unfallsfall nachgerannt, hat ihn glücklich erwischt und schleppt ihn nunmehr allabendlich als Aufführungsspiel auf die Bühne. In der „Bulgaria“ triefet es nur so von wässrigen Abenteuer, und der vorstehende Kunstgeschmack feierte eine wahre Orgie in der Sonntagsvorstellung, wo Direktor Weis von der Bühne herab ein Hoch auf den Kapitän Schmidt inszenierte, in welchem das Publikum mit lärmender Begeisterung einstimmt. Der Pächter der „Bulgaria“ hat in höchster Gefahr gewiesen, daß er ein ganzer Mann ist und keine Furcht kennt. Wer weiß aber, ob er mit seiner Mannschaft wirklich so standhaft gedulden wäre, wenn die Braven eine Ahnung von den Abenteuern gehabt hätten, denen sie bei ihrer Rückkehr nach Deutschland zum Teil ausgesetzt sind.

Im **Thalia-Theater** tritt Emil Thomas seit Sonnabend in dem erwähnten „Raub der Sabinerinnen“ auf. Das Stück und auch die Art, wie Thomas den weltberühmten genordenen Schmierendirektor darstellt, sind so bekannt, als daß noch ein Wort zu sagen wäre. Bemerkenswert sei, daß das Ensemble des Thalia-Theaters sich hübsch mit den Rollen der Poffe abfindet. Herr Worlich, der den Professor spielte, sowie die Damen Wünsch und Junker-Schay haben rechtlich, dem alten Stück seine Wirkung zu sichern.

Das **„Deutsche Theater“** bringt am nächsten Sonnabend, den 8. d. M., die Uraufführung des neuen Dramas „Hans“ von Max Dreyer in folgender Besetzung: Dr. Hartog: Oskar Bauer; Johanna, seine Tochter: Louise Dumont; Rechnungsrat a. D. Mahnte: Hans Fischer; Anna Berndt: Vetti Sarow; Großmutter Jensen: Julie von Poelnitz; Heinrich Jensen: Hermann Rissen; Dr. Brömel: Bruno Jizner; Dr. Graf: Richard Bailettin; Christine: Jenny Böhm; Heuvel Peterlen: Carl Reinhard. Bocher geht ebenfalls zum erstenmal die einaktige Komödie „Mitterherz“ von Stefan Bacard mit Gella Schneider als Frau Pflanz, Max Reinhardt als deren Sohn Franz, H. Seelen als deren Tochter Lina, Marie Fischer als ihre Nichte Anna, Josefine Stolle als Dienstmädchen Marie.

Frau Caroline Pierson, die Mutter des Direktors an den Inl. Schaupielen hiersebst, Geh. Regierungsrats S. Pierson, ist am Ostermontag in Lindenhof-Coswig bei Dresden im 89. Lebensjahr nach kurzer Krankheit gestorben. Die Verstorbene, von Friedrich Rüdert feierlich als die „Deutsche Corinna“ besungen, war als Dichterin und Novellistin bis in ihr hohes Alter hinein thätig. Ihr Gatte war der bekannte Komponist und Professor Henry Hugh Pierson. Von ihren Söhnen sind noch der Verlagsbuchhändler C. Pierson und der Psychiater Dr. A. Pierson zu nennen.

Im Passage-Panoptikum hat Herr Franzella auf seinem italienischen Marionettentheater eine neue Pantomime aufgeführt, die gleich ihrer Vorgängerin an Ausstattungspracht und Sicherheit der Mechanik vorzügliches bietet. Das Schauspiel „Erektor“ wird namentlich von der Kinderwelt mit Stürmen und Begeisterung betrachtet werden. — Eine seltene Erscheinung ist Miss Leah May aus Chicago. Die 20jährige Amerikanerin mißt 2 Meter 10 Centimeter und ist somit um einen Kopf länger als der größte Soldat der deutschen Armee. Die hohe Dame erregt im Panoptikum das Interesse vieler Besucher.

Feuerbericht. Während der Feiertage hatte die Feuerwehr, abgesehen von dem großen Fabrikbrande in der Dresdenerstraße 76, mehrere kleinere Brände zu beseitigen. Arndtstr. 31 hatten im Keller Möbel und Betten Feuer gefangen. Ein Alarm nach Gubenstraße 48 betraf brennendes Stroh im Freien, das jedenfalls mutwillig in Brand gesetzt war. Alt-Moabit 10 gingen Matratzen und Betten in Flammen auf. Dasselbe war der Fall Friedrichstraße 214. Küchenbrände waren Pappel-Allee 18, Royalstraße 16, Langestraße 19, und Fehrbellinerstraße 30 zu beseitigen. Ein kleiner Zimmerbrand rief die Wehr nach Muskauerstraße 36, wo Kleidungsstücke und Wirtschaftsgegenstände eingeschert wurden.

Aus den Nachbarorten.

Wilmersdorf. Die General-Versammlung des socialdemokratischen Vereins fällt am 5. d. M. aus und findet erst am 19. April statt, dafür wird in der nächsten Woche eine Vollversammlung abgehalten. Der Vorstand.

Charlottenburg. Der städtische Arbeitsnachweis ist mit der Landwirtschaftskammer wegen Stellenvermittlung für ländliche Arbeiter und Dienstboten in Verbindung getreten, nachdem die Landwirtschaftskammer bei dem Magistrat angefragt hatte, ob derselbe geneigt wäre, bei der großen Nachfrage nach Arbeitskräften für die Landwirtschaft das Vermittleramt zu übernehmen. Auf das Ansuchen ging der Magistrat bereitwillig ein. Dem städtischen Arbeitsnachweis werden nun von der Landwirtschaft die offenen Stellen für landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen bezeichnet und derselbe giebt bekannt, daß Arbeitern und Dienstboten sofortige Beschäftigung auf dem Lande in dem Bureau des Arbeitsnachweises, Berlinerstr. 72, kostenlos nachgewiesen wird. Er warnt die Arbeitssuchenden ausdrücklich vor unlauteren Vermittlern. Die Fahrt zur Arbeitsstelle wird den Arbeitnehmern vergütet. Auf den ersten Blick könnte man sich mit dem Vorgehen des Arbeitsnachweises einverstanden erklären; bei näherer Betrachtung aber ist dasselbe doch nicht so ganz unbedenklich. Es ist nämlich eine bekannte Thatsache, daß der Zugang ländlicher Arbeiter, namentlich polnischer Landarbeiter, gerade nach Charlottenburg in den letzten Jahren besonders stark gewiesen und noch fortdauernd im Wachsen begriffen ist, so daß sich schon ganze Kolonien polnischer Arbeiter gebildet haben, von denen viele, insbesondere während der Wintermonate, der städtischen Armenverwaltung zur Last fallen. Man wird sich keiner Täuschung darüber hingeben dürfen, daß in erster Linie diese polnischen Arbeiter — vielleicht manchem nicht ganz unferne — den Arbeitsnachweis benutzen und aufs Land ziehen werden. Die Armenverwaltung wird dadurch wesentlich entlastet werden. Ganz anders aber sieht es mit der Wirkung, die dieses Vorgehen auf die Arbeiterklasse ausübt. Der polnische Arbeiter, der vom Lande in die Stadt gezogen ist, um hier Arbeit zu suchen, hat sich bereits an eine höhere Lebenshaltung gewöhnt, ja, teilweise ist durch das Zusammenarbeiten mit deutschen Genossen schon das Klassenbewusstsein in ihm erwacht. Wenn diese halb aufgekulturten Arbeiter wieder auf das Land abgeschoben werden, so liegt die Gefahr nahe, daß sie im Verkehr mit den Landarbeitern wieder auf eine tiefere Stufe der Lebenshaltung herabsinken. Völlig aufgelöste Klassenbewusste Arbeiter, die möglicherweise auf die ländlichen Arbeiter erzieherisch einwirken können, werden sich natürlich nicht so leicht aufs Land verabschieden lassen, es sei denn, daß ihnen ein auskömmlicher Lohn und eine menschenwürdige Existenz gewährleistet wird, was aber meistens nicht der Fall ist. So wird denn die Maßregel, die vom städtischen Arbeitsnachweis ergriffen wird, voraussichtlich neben einer Entlastung der Armenpflege und der Verhinderung billiger Arbeitskräfte für die Agrarier eine schwere Schwädigung der Arbeiterklasse zur Folge haben. Die Arbeiter werden wie bei fast allen Maßnahmen der bürgerlichen Gesellschaft, in letzter Linie die Kosten zu tragen haben, wenn es auch auf den ersten Blick so scheinen könnte, als handle es sich um eine arbeiterfreundliche Einrichtung.

Aus Teltow berichtet man uns: Am Vorabend des Osterfestes hat sich in der hiesigen Kirche ein bedauerlicher Unglücksfall ereignet. Als die Glöcker das Fest einläuteten, löste sich der Klöppel der großen Glocke und fiel aus den unterstehenden Stützen der Wandschale. Zum Glück wurde die Wucht des fallenden Gegenstandes dadurch etwas gemildert, daß er auf ein Gerüst aufschlug. Immerhin ist Wandschale erheblich verletzt worden. Wie es heißt, soll der Verunglückte schon vor einigen Wochen darauf aufmerksam gemacht haben, daß der Klöppel nicht mehr fest hänge. Ist dies der Fall, so bleibt es unverständlich, warum die Reparatur nicht rechtzeitig vorgenommen wurde.

Versammlungen.

Konferenz der Textilarbeiter der Provinz Brandenburg. Am ersten Feiertag wurde in Willes Lokal, Andreaskstr. 26, eine vom Agitationskomitee einberufene Konferenz der Textilarbeiter der Provinz Brandenburg abgehalten. Kogke-Verlin eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache. Vertreten waren aus 20 Orten 31 Delegierte. Nach dem Bericht des Agitationskomitees betrug die Einnahme in der Zeit vom 18. Oktober 1895 bis 31. Dezember 1898 992.00 M., der eine Ausgabe von 951.31 M. gegenüberstand. Flugblätter sind 62 000 und Handzettel 8000 verbreitet worden. Von seiten der Agitationskommission wurden 42 Versammlungen in der Provinz abgehalten. Die Aufnahme einer Statistik hat ergeben, daß in 1526 Hausbetrieben und 809 Großbetrieben 18 291 männliche, 12 858 weibliche und 1435 jugendliche Arbeiter, also zusammen 32 587 Personen beschäftigt sind. Die Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt 10 1/2 Stunden. Der durchschnittliche Arbeitslohn betrug pro Woche bei männlichen Arbeitern 13 M. 80 1/2 Pf., bei weiblichen Arbeitern 8 M. 38 1/2 Pf., bei jugendlichen männlichen Arbeitern 6 M. 30 1/2 Pf. und bei jugendlichen weiblichen Arbeitern 6 M. 30 Pf. Organisiert waren 2794 männliche und 273 weibliche Personen. In der sich hieron anschließenden Diskussion schilderten verschiedene Delegierte die traurige Lage der Textilarbeiter. Auch wurde viel über schwarze Listen, sowie über Saalabreiterei gellagt. Auf Antrag der Revisoren erteilten die Versammelten dem Agitationskomitee Decharge.

Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung: „Wie ist es möglich, künftig eine wirksamere Agitation zu entfalten“, referierte Sander-Verlin. Der Redner brachte am Schlusse seiner Ausführungen eine Resolution ein, nach welcher in allen Orten, wo Textilarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, Vertrauensleute gewählt werden sollen, die die Agitation am Orte zu betreiben haben. Nach längerer Aussprache wurde dieser Antrag angenommen. Ein Antrag DeLor-Forst, welcher lautet: „Die Filialen sind verpflichtet, pro Mitglied und Vierteljahr für Agitation 5 Pf. abzuliefern; in welcher Form die Orte diese Steuer aufbringen, bleibt den einzelnen Orten überlassen“, fand ebenfalls einstimmige Annahme.

Sodann sprach Kogke über das Koalitionsrecht. Redner kritisierte in scharfen Worten, daß von verschiedenen Seiten der Versuch gemacht wird, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschränken, und forderte die Delegierten in seinem einflussreichen Vortrag auf, dahin zu wirken, daß dem Verband deutscher Textilarbeiter recht viel neue Mitglieder zugeführt werden. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution wurde ohne Debatte angenommen.

Bei Beratung der Anträge der Delegierten wurde folgendem Antrage zugestimmt: „Die Konferenz ist überzeugt, daß bei den gegenwärtigen Beiträgen der Verband den Anforderungen, welche durch die Kämpfe, die die Textilarbeiter mit den Unternehmern zu führen haben, entfallen, nicht genügen kann. Die Versammelten sind der Ansicht, daß es unbedingt notwendig ist, daß die Beiträge erhöht werden, und machen es sich zur Aufgabe, im Kreise ihrer Kollegen bis zur nächsten Generalversammlung für die Erhöhung der Beiträge Propaganda zu entfalten.“

Nachdem noch beschlossen worden war, alle zwei Jahre eine Konferenz stattfinden zu lassen, schloß der Vorsitzende die Zusammenkunft mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Verein der Händler und Händlerinnen. Freitag, den 7. April, abends 8 Uhr, bei Hoppe, Adlerstr. 145: Generalversammlung. Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend nötig.

Central-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Frauen und Mädchen in Deutschland (Eingelag. Hülft. 26) Verwaltungsstelle Berlin I. Post, abends 8 Uhr, in Kautzenberg's Hofsalon, Oranienstr. 180: Uthorordentliche Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ordnerwahlen.

Banquett von Zieglsch und Gr. Lichterfelde. Heute, abends 8 Uhr, bei Schenke, Wilmersstr. 15a in Steglitz: Versammlung. Tagesordnung: „Stellungnahme zur Revision des im Jahre 1896 vereinbarten Vorkriegs-“ Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet. Der Vorstand.

Wahlverein Berlin VI. Den Vorstandsmitgliedern zur Kenntnis, daß die heute abend anberaumte Sitzung ausfällt. Die nächste Vorstandssitzung findet statt am Mittwoch, den 12. April, abends 9 Uhr, bei Franz Kleinert, Müllerstraße 7. — Gleichzeitig machen wir die Mitglieder darauf aufmerksam, von der Entnahme der Broschüre: „Das Dresdener Hühnerhaus-Urteil vor dem Reichsgericht“ bei ihrem Bezirksführer ausgiebigen Gebrauch machen zu wollen, damit nach der Generalversammlung die vorhandenen Bestände anderweit Verwendung finden können. Der Vorstand.

Vermischtes.

In Kiel zerstörte eine Feuerbrunst in der Nacht zum Montag das Logierhaus „Im grünen Jäger“. Die Feuerwehr fand beim Aufräumen des Schuttes die verlohnte Leiche eines Invaliden Namens Steffens. Ein italienischer Handelsmann, der während des Brandes aus dem Fenster sprang, wurde schwer verletzt nach dem Krankenhaus geschafft.

Aus dem badischen Schwarzwald. In der streng katholischen Gegend des Rinzighales ereigneten sich in kurzen Intervallen drei Mordthaten, wobei die Motive aus der Habgucht sich ergeben. In Schonach, Amt Triberg, wurde ein Mädchen, die Hüterin eines Bauernhauses, am Sonntag vor acht Tagen ermordet. Der erkappte Mörder, der im Orte wohnt, plünderte nachher die Kassen. Er sitzt in Untersuchungshaft. Der junge Hofbauer Kornmaier in Oberharmsbach wurde vom Schwurgericht zum Tode verurteilt, weil er verdächtig ist, seinen Stiefbruder Krenn erschossen zu haben, um ihn zu beerben. Die Geschworenen richteten ein Gnadenersuchen ein. Am 25. d. M. erschloß in Gutsch bei Hornberg der 37 Jahre alte Sohn des Martis-Bauer, als die Familie sich wieder wegen der Vererbung des Hofgutes räumte, Johann Blum, seinen 19jährigen Bruder mit dem Jagdgewehr. Er hatte von seinen 4 Brüdern in der Aufregung denjenigen getroffen, auf den er es nicht abgesehen hatte. Als er auch auf einen anderen Bruder anlegte, konnte der Schuß durch Eingreifen des Vaters noch vom Zielpunkt abgelenkt werden.

In der Wohnung des Handarbeiters Schröte in Anger-Crottendorf war in Abwesenheit des Schröte und seiner Frau ein Stubebrand entstanden. Drei in einem Nebenraum schlafende Kinder wurden durch den entflammenden Rauch so betäubt, daß sie der Erstickung nahe, in das Stadtkrankenhaus gebracht werden mußten. Dort sind zwei davon, ein fünf Jahre alter Knabe und ein drei Monate altes Mädchen, an den Folgen der Erstickung gestorben. Das dritte Kind, ein Mädchen, befindet sich noch am Leben.

Aus Falmouth wird vom Dienstag gemeldet: Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Königin Luise“ traf gestern Abend mit einer neuen Welle und Schraube für den „Willehad“ ein, übernahm von ihm 888 Passagiere sowie einen Teil der Ladung und setzte die Fahrt nach New-York fort.

In Klondyke sind 16 amerikanische Goldsucher von Indianern ermordet worden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

Hr. Hesse. Wir bitten Sie, und möglichst heute nachmittags zu besuchen.

Hr. G. Die Aufnahme hat sich unliebsam verzögert. Wir bitten dafür um Entschuldigung und sprechen Ihnen hiermit unsern herzlichsten Dank aus.

H. S. Von Berlin aus liegt der Post links, die Röhre rechts.

H. R. 65. Die Abholungsfrist befindet sich in Daldorf. Direktor: Dr. Sander, Geh. Medizinalrat.

H. P. 39. 1. Reim. 2. Reim. 3. Brieflich, telephonisch nicht.

Witterungsübersicht vom 4. April 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Temp. in °F
Stettin	764	SSO	2	wolkig	7	45
Berlin	765	SSO	2	wolkig	7	45
Dresden	765	SSO	2	wolkig	7	45
Wiesbaden	769	SSO	1	wolkig	10	50
München	767	SSO	4	Regen	7	45
Wien	765	SSO	2	Regen	6	43
Saparanda	755	S	3	wolkenlos	12	54
Petersburg	763	SSO	3	1 bedeckt	—6	21
St. Petersburg	763	SSO	3	5 wolkig	12	54
St. Petersburg	752	S	3	1 bedeckt	—8	18
Paris	770	SSO	3	6 wolkig	10	50

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 5. April 1899. Mild und zeitweise heiter, wolkig mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Allerlei Anzeigen.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands. Am 3. April verstarb nach schwerem Leiden im 35. Lebensjahr der Steinbildhauer Fritz Brückmann.

Restaurations. 6 Jahre bestehend, frankheitshalber zu verkaufen. Charlottenburg, Reichenstr. 59. 24006

Gute Brotstelle. Reinnährereit mit elektrischem Betriebe mit 12 Arbeiterinnen ist für 3500 M. gegen Barzahlung zu verk. Adr. Postamt 18 unt. 100 niederzulegen.

Schlafstellen. Freundl. möbl. Schlafst. (sep. Eing.) bei Emde, Wilmersstr. 105, v. 4 Tr.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 5. April.
Cyperhaus. Der Barber von Sevilla. Bergheimmisch. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schaupielhaus. Das fünfte Rad. Anfang 7 Uhr.
Neues Ital. Opern-Theater (Kroll). Waffelstra. Melentjeva. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Cyranus von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Plaf den Frauen! Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Der Schlafwandler. Komtoller. Vorder: Zum Einschießen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Hofpark. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Die Erziehung zur Ehe. Vorder: Nebenbäume. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Chand d'habits. (Der Kleiderhändler.) Vorder: Letzte Kavallerie. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Große Klade. Anf. 8 Uhr.
Central. Die Waise. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Nach berühmten Mustern. Anfang 8 Uhr.
Volk. Alliance. Durchsichtige. Jochen Häsel. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshoftheater. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Fuhrmann Henschel. Anfang 8 Uhr.
Wiener Volks-Theater. Unschuldig. Anfang 7 Uhr.
Cicero. Bulgaria. Anf. 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde“. Operntelephon.
Jubaildenstraße 57/62. Täglich Abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.
Reichshallen. Stettiner Sänger. (Wiesl. Victor, Britton, Cicid, Krone, Köpfl, Schneider und Schrader.)
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Urania
Taubenstraße 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Nachm. 4 Uhr Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Herr F. Goerke: „Unsere Ostseebäder.“
Invalldenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
N chmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.
Geöffnet
9 Uhr früh bis
10 Uhr abends.
Das
Kieisweib.
Die schöne
Fata Morgana.
Theater variétés.
Italienisches
Marionetten-
Theater
um 4 u. 6 1/2 Uhr.

**Gastan's
Panopticum.**
Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch.
„Santa Lucia“.
Die berühmten „lebenden
Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Wiesl. Victor, Britton, Cicid, Krone, Köpfl, Schneider und Schrader.)
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die grosse Glocke.
Lustspiel
in 4 Akten von Oscar Reumont.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die grosse Glocke.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Neuenmühlener.
Sitzauf: **Verbotene Früchte.**
Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Emil Thomas.
Der Raub der Sabinerinnen.

Central-Theater
Direktion: José Feozny.
Die Yuppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ed. Audran.
Morgen und folgende Tage: Die Yuppe (La Poupée).
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu halb. Preisen: **Die Fledermaus.**
Operette in 3 Akten von Johann Strauß. Max Heller. Erich als Gast.

Offend-Carl-Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstraße 132.
Robität. Sum 4. Male: Robität.
Die Bulgaria.
Sensationelles Andachtsspiel mit Gesang (Wahrheit und Dichtung) in 3 Akten (10 Bildern) von Hans Busch. Musik von R. Hoff. Gesangsdirig. von J. Hoff.
Anfang 8 Uhr:
Vorstellung haben Gültigkeit.
Im Tunnel von 7 Uhr
Frei-Konzert.
Am 4. Bild: Abfahrt der Bulgaria. Dekoration: Hofen von New-York mit Ansicht der Freiheitsstatue.
Morgen und folgende Tage: Die Bulgaria.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Das neue erstklassige Spezialitäten-Programm.
Großes Kieisen-Programm! 25 Nummern! 40 Künstler!
Besonders hervorzuheben:
Die fliegenden Menschen.
Clown Dolly. Tierkünste.
Lebende Photographien.
Dazu um 8 1/2 Uhr: Der größte Schläger der Saison: **Fuhrmann Henschel.**
Berliner Volkstheater mit Gesang. Fuhrmann Henschel: Direktor Wilhelm Henschel. Eine, seine Tochter: Selene Hof.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr. Billet-Sonn. Vorm. v. 11-1 Uhr.
Sonabend, den 15. April: Benefiz für den Kapellmeister **Alfred Sommerfeldt.**

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Das neue erstklassige Spezialitäten-Programm.
Großes Kieisen-Programm! 25 Nummern! 40 Künstler!
Besonders hervorzuheben:
Die fliegenden Menschen.
Clown Dolly. Tierkünste.
Lebende Photographien.
Dazu um 8 1/2 Uhr: Der größte Schläger der Saison: **Fuhrmann Henschel.**
Berliner Volkstheater mit Gesang. Fuhrmann Henschel: Direktor Wilhelm Henschel. Eine, seine Tochter: Selene Hof.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr. Billet-Sonn. Vorm. v. 11-1 Uhr.
Sonabend, den 15. April: Benefiz für den Kapellmeister **Alfred Sommerfeldt.**

Urania
Taubenstraße 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Nachm. 4 Uhr Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Herr F. Goerke: „Unsere Ostseebäder.“
Invalldenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
N chmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.
Geöffnet
9 Uhr früh bis
10 Uhr abends.
Das
Kieisweib.
Die schöne
Fata Morgana.
Theater variétés.
Italienisches
Marionetten-
Theater
um 4 u. 6 1/2 Uhr.

**Gastan's
Panopticum.**
Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch.
„Santa Lucia“.
Die berühmten „lebenden
Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Wiesl. Victor, Britton, Cicid, Krone, Köpfl, Schneider und Schrader.)
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die grosse Glocke.
Lustspiel
in 4 Akten von Oscar Reumont.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die grosse Glocke.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Neuenmühlener.
Sitzauf: **Verbotene Früchte.**
Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Emil Thomas.
Der Raub der Sabinerinnen.

Central-Theater
Direktion: José Feozny.
Die Yuppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ed. Audran.
Morgen und folgende Tage: Die Yuppe (La Poupée).
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu halb. Preisen: **Die Fledermaus.**
Operette in 3 Akten von Johann Strauß. Max Heller. Erich als Gast.

Offend-Carl-Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstraße 132.
Robität. Sum 4. Male: Robität.
Die Bulgaria.
Sensationelles Andachtsspiel mit Gesang (Wahrheit und Dichtung) in 3 Akten (10 Bildern) von Hans Busch. Musik von R. Hoff. Gesangsdirig. von J. Hoff.
Anfang 8 Uhr:
Vorstellung haben Gültigkeit.
Im Tunnel von 7 Uhr
Frei-Konzert.
Am 4. Bild: Abfahrt der Bulgaria. Dekoration: Hofen von New-York mit Ansicht der Freiheitsstatue.
Morgen und folgende Tage: Die Bulgaria.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Das neue erstklassige Spezialitäten-Programm.
Großes Kieisen-Programm! 25 Nummern! 40 Künstler!
Besonders hervorzuheben:
Die fliegenden Menschen.
Clown Dolly. Tierkünste.
Lebende Photographien.
Dazu um 8 1/2 Uhr: Der größte Schläger der Saison: **Fuhrmann Henschel.**
Berliner Volkstheater mit Gesang. Fuhrmann Henschel: Direktor Wilhelm Henschel. Eine, seine Tochter: Selene Hof.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr. Billet-Sonn. Vorm. v. 11-1 Uhr.
Sonabend, den 15. April: Benefiz für den Kapellmeister **Alfred Sommerfeldt.**

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Das neue erstklassige Spezialitäten-Programm.
Großes Kieisen-Programm! 25 Nummern! 40 Künstler!
Besonders hervorzuheben:
Die fliegenden Menschen.
Clown Dolly. Tierkünste.
Lebende Photographien.
Dazu um 8 1/2 Uhr: Der größte Schläger der Saison: **Fuhrmann Henschel.**
Berliner Volkstheater mit Gesang. Fuhrmann Henschel: Direktor Wilhelm Henschel. Eine, seine Tochter: Selene Hof.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr. Billet-Sonn. Vorm. v. 11-1 Uhr.
Sonabend, den 15. April: Benefiz für den Kapellmeister **Alfred Sommerfeldt.**

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Das neue erstklassige Spezialitäten-Programm.
Großes Kieisen-Programm! 25 Nummern! 40 Künstler!
Besonders hervorzuheben:
Die fliegenden Menschen.
Clown Dolly. Tierkünste.
Lebende Photographien.
Dazu um 8 1/2 Uhr: Der größte Schläger der Saison: **Fuhrmann Henschel.**
Berliner Volkstheater mit Gesang. Fuhrmann Henschel: Direktor Wilhelm Henschel. Eine, seine Tochter: Selene Hof.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr. Billet-Sonn. Vorm. v. 11-1 Uhr.
Sonabend, den 15. April: Benefiz für den Kapellmeister **Alfred Sommerfeldt.**

Luisen-Theater
31. Reichenbergerstraße 31.
Abends 8 Uhr:
Nach berühmten Mustern.
Vosse mit Gesang in 4 Akten von G. Reffen. Musik von G. Goffin.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Gastspiel des Mr. Séverin
(Frankreichs größter Künstler).
Um 7 1/2 Uhr, zum 4. Male:
Chand d'habits
(Der Kleiderhändler).
Bantomine in 4 Bildern von Gustave Mendès. Musik von Jules Beauval.
Pierrot: Mr. G. Séverin.
Vorher um 1/2 Uhr:
Leichte Kavallerie.
Operette in 2 Akten v. Costa. Musik von Fr. v. Suppé.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Sensations-Spieler der Saison:
Endlich allein!
Gesangs-Pöke von Joh. Schner.
Musik von Max Schmidt.
Neu! Neu! Neu!
Mr. James Thomas,
Juggler on the wire.
Vorher neu:
**Gingeschriebene
Liebeserklärung.**
Lustspiel in 1 Akt.
Anfang: Sonntags 6 1/2 Uhr,
Wochentags 7 1/2 Uhr.
Entree nur 30 Pf.

Mähr's Theater
Dranien-Str. 21.
Täglich:
Mahilde.
Schauspiel in 4 Aufzügen
von Robert Benediz.
Vorher:
Ein bengalischer Tiger.
Lustspiel in 1 Akt von Frisebarre.
Anfang 8 Uhr. Sonst haben Gültigkeit.
Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hoff.
Täglich:
Großes Konzert
der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Gömer und unter Regie des Musikleiters Gustav Kluck.
Anfang wochentags 7 Uhr, sonntags 8 Uhr.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Die Waise aus Lowood.
Schauspiel in 4 Akten
von Charlotte Birch-Pfeiffer.
5 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg.
H. Albrecht's
Bäckerel.
Wrangelestr. 9. Kranstr. 19.
Feldenteichstr. 28. Lausitzerstr. 2.
auf Teilzahlung.
Möbel J. Kellermann,
jetzt
Prinzenstr. 97.
Friedrich Lange, gepr. Holzhilfe,
u. Krankenwärter
Görsenerstr. 18, empfiehlt sich auf Grund
nachweil. 20jähr. prakt. Erfahrung
zu allen i. Fach fallenden Diensten,
speziell antiseptischer Bandbehandlung.

Fahrräder
verpachtet gewesen, ge-
brauchte u. neue erstklassige
Damen- u. Herrenräder ver-
kauft spottbillig.
72/2
Konzess. Leihhaus
Neue Schönhauserstr. 11, 1.

Adhtung! MAURER. Adhtung!
Am Freitag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr, in Cohns Festsälen, Benthstraße Nr. 20:
Mitglieder-Versammlung
der Zahlstelle Berlin II. des Central-Verbandes deutscher Maurer.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten vom Verbandstag.
Um zahlreiches Besuoh blisset

Victoria-Brauerei
Lützowstraße III/112.
Jeden Sonntag, Montag u. Freitag
**Humoristische Soiree der
Norddeutschen Sänger**
(Führmann,
Hort, Walde).
Anfang:
wochentags
präc. 8 Uhr,
sonntags
7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich: Hoffmann's
Quartett-Humoristen
Großartiges Programm
darunter die vorzüglichste
Die letzte Fahrt
und **Italiano Berolin.**
Die letzte Vorstellung im
Concerthaus vor Abbruch
desselben findet statt am
Sonntag, den 23. April.

F. Scholz' Festsäle
mit
Garten u. gr. Theaterbühne,
Gr. Frankfurterstr. 74.
Jeden Sonntag, Anf. 4 Uhr.
Jed. Montag, Dienstag u. Donnerstag:
Grosser Ball.
Anfang 8 Uhr, Entree u. Tanz frei!
Auch empfehle meine Lokalitäten
Sonntags abends an Vereine u. Sommer-
festen und anderen Vergnügungen.
Auch können Versammlungen abge-
halten werden.
11022

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!
Donnerstag, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr, in Kriegers
Festsälen, Wasserthorstraße Nr. 68:
Volks-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Die Neuwahl zum Reichstage. Referent: Reichstags-
Abgeordneter **Max Schippel.** 2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Das Wahlkomitee.
211/16

**Sozialdemokratischer Wahlverein
des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises.**
Donnerstag, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr,
in Sabels Brauerei: Rinschant, Bergmannstraße Nr. 5-7:
Oeffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Warum wurde die Wahl des Abg. Kreitzling kassiert? Referent:
Reichstags-Abgeordneter **Otto Antrick** (Mitglied der Wahlprüfungs-
Kommission). 2. Diskussion.
Blätliches und zahlreiches Erscheinen erwartet
238/7
Der Vorstand.

Donnerstag, 6. April, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreassälen,
Andreassstraße 21:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vebel und Vernstein. Referent **Pfarrer Naumann.**
Darnach freie Diskussion.
24556
Jedermann ist eingeladen. Die Berliner Nationalsozialen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
79/8
Mittwoch, den 5. April 1899, abends 8 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlung
Süden: bei Krieger, Wasserthorstraße 68.
Morgen, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benthstr. 20-21:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Bildhauer Berlins!
Donnerstag, 6. April, abends 8 1/2 Uhr, in Magfelds Festsälen,
Dresdenerstr. 96:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten vom Bauarbeiterkongress und Stellung-
nahme zu den Beschlüssen desselben. 2. Die Gewerkschaftskommission und
der paritätische Arbeitsnachweis. 3. Stellungnahme zum 1. Nat. 4. Ber-
schiedenens. 20/6
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.

Verband der Möbelpolierer.
Sonabend, den 8. April, abends punkt 8 Uhr, bei Keller
(großer Saal), Köpenickerstr. 29:
General-Versammlung.
Um 7 Uhr derselbst: Vorstandsbildung und Abrechnung der
145/18
Mitglieder, welche Anträge stellen wollen, müssen diese schriftlich bis
zum 6. April an G. Schultze, Memelerstr. 10a, einreichen.
Der Vorstand.

Achtung! Zimmerer. Achtung!
Donnerstag, den 6. April, abends 8 Uhr, in den „Arminbälen“,
Kommendantenstr. 20:
Große öffentliche Versammlung
der
Zimmerer Berlins u. Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten vom Bauarbeiterkongress. 2. Der 1. Nat. 3. Be-
richt der Delegierten der Gewerkschaftskommission. 4. Unternehmerrück-
sicht für arbeitssuchende Kameraden. 5. Verschiedenes. 256/6
Die Zimmerer Berlins und der Gegend werden ersucht, in Anbetracht
der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung recht zahlreich in dieser Ver-
sammlung zu erscheinen.
Der Vertrauensmann: **Gustav Webers.**

Achtung! Putzer. Achtung!
Die heutige öffentliche Versammlung der Putzer findet nicht,
wie in der Sonntagsnummer des „Vormärts“ steht, am 8. April, sondern
um 6 1/2 Uhr statt.
132/5
I. A.: **Franz Schultz.**
Steinseker u. Berufsgenossen
Berlins und Umgegend.
Mittwoch, den 5. April, abends 8 Uhr, im Lokal von Nümann,
Brunnenstr. 188:
Oeffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Gesellenausschusses (Vorbereitungskommission) über den Erfolg
seiner Bemühungen zur Regelung der Lohnfrage und die Maßnahmen der
Zunung. 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegierten vom Bauarbeiterkongress.
4. Verschiedenes.
Der Einberufer.

Achtung! MAURER. Achtung!
Am Freitag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr, in Cohns Festsälen, Benthstraße Nr. 20:
Mitglieder-Versammlung
der Zahlstelle Berlin II. des Central-Verbandes deutscher Maurer.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten vom Verbandstag.
Um zahlreiches Besuoh blisset

Victoria-Brauerei
Lützowstraße III/112.
Jeden Sonntag, Montag u. Freitag
**Humoristische Soiree der
Norddeutschen Sänger**
(Führmann,
Hort, Walde).
Anfang:
wochentags
präc. 8 Uhr,
sonntags
7 Uhr.
Entree 50 Pf.

F. Scholz' Festsäle
mit
Garten u. gr. Theaterbühne,
Gr. Frankfurterstr. 74.
Jeden Sonntag, Anf. 4 Uhr.
Jed. Montag, Dienstag u. Donnerstag:
Grosser Ball.
Anfang 8 Uhr, Entree u. Tanz frei!
Auch empfehle meine Lokalitäten
Sonntags abends an Vereine u. Sommer-
festen und anderen Vergnügungen.
Auch können Versammlungen abge-
halten werden.
11022

**Jeder Arbeiter
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**
die **Lebeshose Hercules** tragen.
Belegt Schur angem. Wein. Verkauf.
Sehr gute Ware in praktischen grauen
und braunen Streifen. Hinten u. vorn
am Bund aus einem Stück gearbeitet.
Reithose u. Kappnähte. Beste Leder:
Silber-Taschen, die Hose
(bei Entnahme von) **4 Mk. 50**
Echt indigoblauer Jodett für
Wäschereien, Reitere u. 1 R. 90
Echt indigoblauer Hose dito 1 R. 50
Prima Mandelner Hose 8.-, 5 R. 50
Hesslitzer Mandelner-Jodett 13.-, 10.-
Raler-Hose in Keinen-Art 2 R. 25
Mechaniker-Hose (braun) 2 R. 40
Weiches Leder-Jodett, ge-
fittet, zweifach 7 R. 50
Weiße Leder-Hose, Prima
Ware 3 R. 75

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Berlin N., Berlin SO.,
Chausseest. 24b. Pridenstr. 11.
Berlin O.,
Gr. Frankfurterstr. 16.
Die 13. Preisliste über gesamte
Herren- und Knaben-Bekleidung wird
gratis und franco versandt.
Versand von 20 R. an franko. —
Bei Bestellung genügt Angabe der
Brust- u. Bundweite u. Schriftlänge.

Fahrradhändler
kaufen sämtliche Zubehör u. Rohstoffe
sowie Gestelle, gespannte Räder sehr vor-
teils. Dramenstr. 47, Holzradari, Grng.

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Isolations-Monteur
für Arbeiten in Holz, Kiech und
Kieselführ, der seine Befähigung durch
gute Zeugnisse nachweisen kann, ver-
sorgt gesucht.
24556
Offerten mit Angabe der bisherigen
Tätigkeit und Lohnansprüche unter
A. H., Postamt 55.
Bezugl. genügt **Weidig, Frei-
gelder, Wienerstr. 9.** 24625

Anleger,
Anlegerinnen, Bogensänger, Bogens-
sängerinnen für Steinbrückenpreisfest
bei hohem Lohn verlangt **Wilhelm
Böhme, Reichenbergerstr. 158.** 24633
Erbhöchliche, zuverlässige
Monteure,
speziell für Wasschalter mit schieds-
erfahrenen Hülfs u. für große Wäcker
reparatur, finden sofort dauernde Be-
schäftigung. [114106*]
Bedingungen mit Gehaltsanpr. und
Zeugnisabschriften wolle man senden an die
**Kesselschmiede Seegefeld
bei Berlin.**

Goldleisten.
Größere Goldleisten-Fabrik
sucht
tüchtigen [1067*]
Werkführer
f. Harbigsmaher und Verfaberei.
Offert. zum H. 13358 an Haasen-
stein & Vogler, A.-G., Berlin W.,
Leipzigerstr. 31/32.
Andruker, [24496]
tüchtigen, für f. Gynomas gesucht
Paul Zinkgraf, Alte Jacobstr. 65.
Goldleisten-Gründler
verlangt Gehaltsanpr. 24498
Schriftmaler
verlangt Frau **Partia Matthes,
Wilhelmstr. 130.** 24588
Cartonnagenfabrik
sucht tüchtigen, unbedingt mit Kolla-
tion vertrauten Zeichner. Bedin-
gungen A. B. postlag. Königl. [24528]

Wäberinnen, Lehrstufen auf
Damenhemden. Viererhöhen verlangt
Berbermann, Straßanderstr. 60.
Karton-
und Kartonnagen-Arbeiterinnen verl.
Anders Rahl, Adalbertstr. 7. [24176]
Blumen und Federn
Arbeiterinnen, Kleberinnen, Vehmädchen
in und außer dem Hause gesucht
Hoelt & Wittenberg, Benthstr. 8.

Hemdenblusen-Arbeiterinnen
erhalten bei hohen Arbeitslöhnen
dauernde Beschäftigung 54/18*
Gehr. Wasservogel, Spandauerstr. 59/61.
Schürgenwäberin
verlangt Dominik, Robustr. 13. [24465]
Tüchtige, geübte Arbeiterinnen
auf Damen-Wah-Jodett finden so-
fort bei hohem Lohn Stellung bei
2437] W. Adler, Bräderstr. 4.
Anabenanzüge-Arbeiterinnen
verlangt **Dünnebeck, Kranstr. 9, III.**

Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. 132/33 • Versand-Abteilung Proben u. Preislisten portofrei. • Rosenthalerstr. 27/29, 54/55 • Oranienstr. 53/54.

Porzellan, Steingut

Tassen

Porzellan mit Goldband 17 Pf.
Porzellan weiss 18 u. 20 Pf.; dünnes, feines Porzellan 42 Pf.
Porzellan blau, Zwiebelmuster, 20 Pf.
Porzellan bunt dekoriert, mit Goldrand 30 u. 45 Pf.
Moccatassen 45 Pf. } französisches
Kaffeetassen 60 Pf. } Fabrikat
Theetassen 75 Pf. } „Limoges“

Satztöpfe

Porzellan, 3 Stück, bunt 48 Pf., 6 Stück, blau, Zwiebelmuster 1,30 M.
Porzellan, 6 Stück, bunt, Blumenmuster 1,35, Blumen und Gold 1,85 M.
Porzellan, 6 Stück, feinere Muster u. grössere Form, 2,25, 3 u. 4 M.
Porzellan, 6 Stück, weiss, mit Goldrand und Goldhenkel 2,60 M.

Tafelservices

Porzellan, 60 Teile bunt dek. f. 12 Pers. 36, 40 u. 45 M.
Porzellan, 78-80 Teile für 12 Pers 62, 65, 70 u. 75 M.
Porzellan, französisches, für 12 Personen, Fabrikat „Limoges“, moderne Formen und schöne Muster 85, 125 u. 175 M.

Teller

Speiseteller, Porzellan, glatt 20 Pf., gerippt 22 u. 25 Pf., gezackt 25 Pf.
Dessertteller, . . . 15 Pf., . . . 15 Pf., . . . 18 Pf.
Kompottteller, Porzellan, glatt 10, gerippt 12, gezackt 12 Pf.
Speiseteller, Steingut, weiss glatt 7, weiss gerippt 8, blau Zwiebel 10 Pf.
Dessertteller, . . . 6, . . . 7, . . . 9 Pf.
Kompottteller, . . . 5, . . . 6, . . . 8 Pf.
Dessertteller, dekoriert 20, 22, 25, 28 Pf.
Dessertteller, französische, feine Muster, 50, 65, 75 Pf. u. 1,00 M.

Kaffeervices

Engl. Fayence, 6 Teile 2 M.
Porzellan, 5 Teile 1,60 M. 8 Teile 2 M. 9 Teile 2,85 M.
Porzellan, 9 Teile für 6 Personen, neue eckige Form 4,50 M.
Porzellan, 9 Teile für 6 Personen, neue eckige Form mit farbigem Fohnd oder Golddekoration 6 M.
Porzellan, 16 Teile für 12 Personen 6 M., schöne Formen und feine Dekorationen 8,50, 9, 11,50 u. 15 M.

Waschgarnituren

Steingut, 4 Teile 1,25, 5 Teile 2,50, 4,50, grosse Form 5,50, 7 M.
Englisches Fabrikat, 5 Teile, verschiedene Muster 9, 10,50, 15, 20, 24 M.

Glas, Krystall

Bierbecher mit Goldrand 8 u. 12 Pf. mit Bordüre 20 Pf.
Bierbecher mit Goldrand und Skatbildern 35 Pf.
Likörbecher glatt, dünner Boden 5 Pf., mit Goldrand 7 Pf.,
Likörbecher starker Boden 6 Pf., mit Goldrand 8 Pf.
Kompottteller, 5, 6, 7, u. 8 Pf. geschliffen 25, 35, 55 u. 60 Pf.
Salatschüsseln 8, 14, 20, 28, 35, 50 Pf.
Salatschüsseln geschliffen 45, 60, 70, 95 Pf., reich geschliffen 1,25 M.

Trinkgarnituren „Papin de roche“ oder „Talma“.

Weissweingläser 48 Pf. Likörgläser 35 Pf.
Rotweingläser 48 Pf. Sektkelche 52 Pf.
Portweingläser 42 Pf. Sektschalen 65 Pf.
Wassergläser 55 Pf. Wasserkaraffen 2,85 M.
Bowlingläser 60 Pf. Weinkaraffen 2,25 M.
Biertulpen 60 Pf. Likörkaraffen 1,80 M.

Wirtschafts-Artikel.

Kaffee- u. Theeservice, 5 Teile, vernickelt 10 M.
Kaffeemaschinen vernickelt, 6 Tassen 6,50 M.
Salz- u. Pfeffermenagen, vernickelt 85 Pf.
Butterdosen, vernickelt 90 Pf.

Kabarettis mit 4 Einsätzen 2,85 M.
Tablettes runde, vernickelt 45, 50 u. 80 Pf.
Brotkasten, 1,85, 2,10, 2,55 u. 3,25 M.
Blumensprüher, lackiert 40 Pf.

Leuchter, lackiert 70 Pf.
Spirituskocher, Gusseisen, 35 Pf.
Messerputzbretter 20, 28 u. 60 Pf.
Putz- u. Wichskasten 25 u. 48 Pf.

Tablettes mit vernickeltem Rand, mit Majolika-Einlage, oval oder längliche Form 90 Pf.,
runde Form, Durchmesser ca. 82 cm 2,85 M.

Tablettes 10, 15, 20, 28, 38 u. 55 Pf.
Briefkasten, lackiert 42, 65, 85 Pf., 1,05, 1,25, 1,50, 2,00 M.

Kleiderbürsten 45, 75 Pf., 1, 1,60 u. 2 M.
Haarbürsten 75 Pf., 1,25, 1,70, 2,50 M.
Teppichbesen, Wurzel 1,20 u. 1,40 M.
Teppichhandfeger, Wurzel lackiert 35, 45 u. 55 Pf.

Handwaschbürsten 5, 10 u. 15 Pf.
Bürstenbleche mit vollständiger Garnitur 2,25 M.
Teppichhandfeger, Wurzel poliert 75 u. 90 Pf.

Haarbesen, grau 75, 95 Pf., 1,20 u. 1,65 M.
Handfeger, grau 45, 48, 55 u. 65 Pf.
Rosshaarbesen 2,20 u. 2,60 M.
Rosshaarhandfeger 1,20 u. 1,30 M.

Emaille

Kaffeekannen, weiss, gobanchte Form 32, 42, 60, 85 Pf. u. 1 M.
gerade Form 28, 35, 42, 48, 55, 65 u. 75 Pf.
Schmortöpfe 30, 45, 55, 65, 80 Pf., 1, 1,20 M.
Kehrschaufeln, marmoriert 42, 48, 58 Pf.

Tassen mit Untertassen 10, 15 Pf.
Becher gerade, weiss 8 u. 18 Pf.
Seifenhalter mit Haken, marmoriert 18 Pf.
Trinkbecher, weiss 10, 13 u. 15 Pf.

Theekessel ohne Absatz 48, 65, 75 Pf.
Theekessel mit Absatz 1,20, 1,35 M.
Kasserollen ohne Ring 13, 15, 20, 25, 35, 42 Pf.
Kasserollen mit Ring 55, 65, 80, 85 Pf.

II. Kongress deutscher Berg- und Hüttenleute.

Halle, den 2. April 1899.
Heller-Sachsen eröffnet 11 3/4 Uhr den Kongress und giebt zu nächst Ludwig Schröder das Wort zu einer Ansprache. Redner betonte die Notwendigkeit internationaler Vereinigung aller Arbeiter.
Im Namen der organisierten Arbeiter in Halle begrüßt Genosse Heinen die Delegierten.
Bei der Konstituierung des Bureau wird Sachsje zum ersten, Schröder zum zweiten Vorsitzenden gewählt.
Damit ist der erste Punkt des Tagesordnungs erledigt.
Zum nächsten Punkt: Welche Fortschritte machten wir 1898 im Bergarbeiterschutze, referierte Müller. Er führte aus, daß die Lage der Bergarbeiter in Bezug auf persönlichen Schutz sich nicht etwa verbessert, sondern im Gegenteil noch verschlechtert habe.
Sehr im argen liege fast auf sämtlichen Gruben die Wetterzuführung. Die vor Hunderten von Jahren, so mühten auch heute noch in sehr vielen Fällen die Arbeiter mit ihren Kleidern böse Wetter vertreiben.
Redner führt mehrere konkrete Fälle aus den Berichten der Gewerbeinspektoren an. — Einen Fortschritt haben wir also nicht gemacht. Das große Unglück in Freiberg 1898 hat verschiedene Anordnungen gezeitigt, aber die festen gesetzlichen Bestimmungen fehlen. Die Anstellung von Hilfsinspektoren hätte längst auf Grund alter Anordnungen durchgeführt werden können, es ist nicht geschehen, weil die gesetzliche Bestimmung fehlte.
Doch die Anordnungen seitens einzelner Bergämter getroffen werden können, ist ein Beweis dafür, daß man die Notwendigkeit längst erkannt hat. In England hat man die Kontrollbeamten; auch in Frankreich ist die stärkere Kontrolle durchgeführt, trotz des scharfen Widerstandes der Unternehmer. Hier scheinen die Unternehmer mehr Erfolg mit ihrem Widerstande gegen die Anstellung von Arbeiter-Hilfsinspektoren zu haben. Die jährlichen Unglücksfälle, die sich Jahr für Jahr ereignen, scheinen der Regierung eine weniger nachdrückliche Sprache zu reden, als die Willensäußerung der Unternehmer, sich der notwendigen Reform entgegenzustellen. Dem Anscheine nach wollen die letzteren systematisch die öffentliche Meinung in der Art fähigen, daß sie die eigentliche Ursache der Unglücksfälle zu vertuschen suchen. Heute hat man so, als ob die größte Gefahr für den Bergmann in dem Kohlenstaube zu suchen sei. Dies ist nicht richtig. Die Gefahr liegt in der schlechten Wetterzuführung. Solchen gesunde Verhältnisse geschaffen werden, dann müssen Arbeiterkontrollen angeordnet werden! (Bravo!)

Wächter-Dortmund erstattet Bericht betreffs vertretener Mandate: Es sind anwesend: aus Sachsen (Königreich) 7, Mitteldeutschland 19, Oberschlesien 1, Niederschlesien 3, Saarrevier 1, Ruhrrevier 12, in Summa 73 Delegierte.

Nachmittags-Sitzung.

Der Eintritt in die Debatte verliest Sachsje folgende eingegangene

Resolution: Trotz der sich durch den flotten Geschäftsgang stark häufenden Massen- und Einzelunfälle im deutschen Berg- und Hüttenwesen, trotz der offensichtlichen systematischen Hintergehung der staatlichen Grubenkontrolle durch die Verwaltungsstellen, hat sich die Staatsregierung nicht veranlaßt gesehen, den berechtigten Wünschen der Bergarbeiter nach größerem Schutze ihres Lebens zu willfahren. Die Regierung haben nicht auf die Stimme des in seinem Leben bedrohten Bergarbeiters gehört, sondern sich dem gemeinschaftlichen Willen der Unternehmer gefügt, wie die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses beim Fial der Bergverwaltungen es aller Welt lehren. Wir erklären, daß mit dieser Haltung die Staatsleitung nicht den Willen zeigt, im Sinne einer gefunden Socialpolitik zu wirken. Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt, daß erst die Zugziehung praktisch gebildeter, vor ihren Kameraden frei gewählter Arbeiter zur Grubenkontrolle diese wirksam macht. Alle anderen Maßnahmen zum Schutze des Bergarbeiters verdienen nach längst bewährter Erfahrung nicht Reformen genannt zu werden. Sie überleben höchstens die trübseligsten Mißstände, belassen es aber im wesentlichen bei dem Territorium, welches heute die deutsche Grubenkontrolle darbietet. Will man wirklich arbeiterfreundlichen Geist beweisen, dann gebe man endlich den Berg- und Hüttenleuten das doch selbstverständliche Recht, sich durch eigens gewählte Hilfsinspektoren schützen zu lassen vor gewalttätigem Tod oder Verarmung. In diesem Punkte sind sich die Bergleute aller Nationen einig und sie empfinden es als eine empörende Ungerechtigkeit, daß ihnen das so selbstverständliche Recht des Selbstschutzes verweigert wird.
Nochmals erheben wir die auf dem vorjährigen (Dortmunder) Kongress gestellten Forderungen bezugl. des Arbeiterschutzes. Solange diese umganglichen Forderungen nicht erfüllt sind, trifft alle Schuld an den Unglücken in der Tiefe diejenigen, die uns hindern, das ohnedem schon schwere Los des Grubenarbeiters nach Möglichkeit zu mildern.

Gusemann (Eichlinghofen): Auf Jeche „Kaiser Friedrich“ wird noch vielfach bei offener Lampe gearbeitet. Wenn die Grube kontrolliert wird, muß vorher alles in Ordnung gebracht werden. Auf „Germania I“ war eine Weiterstrecke zu Bruch gegangen und das ganze Revier stand voll Feuer. Die Schiefmeister werden als Wagenschieber benutzt.

Beigelt-Steinach (Sachsen-Reininger Landtags-Abgeordneter): Auf den fiskalischen Gruben bestand früher das Schiefer, die einzelnen Brüche zu verpacken. Jetzt hat der Fiskus das Recht an sich genommen. Bei Gewinnung des Schiefers muß der Arbeiter alles davorsehen, um nur zu seinem Lohne zu kommen;

auf seine eigene Sicherheit kann er gar keine Rücksicht nehmen. Der Arbeiterschutze muß auf die Hausindustrie ausgedehnt werden.

Schulz-Weitzenfelder (Revier): Wenn die Kontrollen kommen, wird alles in Ordnung gemacht, die schlechten Strecken werden für die Dauer der Revision vernagelt. Grubenausschüsse noch heutigem System sind zwecklos. Sollte ein Arbeiter sich mal beschweren, die Furcht vor Maßregelung hält ihn ab.

Glümml-Riederschlesien: Das Unglück auf dem Brangel-schacht am 31. Dezember 1898 ist nur dadurch entstanden, daß trotz der entgegenstehenden bergbaupolizeilichen Vorschriften dort gesprengt wurde.

Limberts-Dortmund: Im Dortmunder Revier ist es gang und gäbe, daß den Betriebsverwaltungen die Revisionen vorher bekannt werden. Notwendig ist auch, daß bei der Menschenförderung zwei Maschinenwärter in Dienst sind.

Mühlenbed-Essen: Ich muß kurz das Unglück auf Jeche „Gustav“ anführen. Sechs Bergarbeiter wurden im Schacht begraben und konnten noch nicht zu Tage gefördert werden. Seitens unserer Zeitung wurden die schwersten Auflagen gegen die betr. Verwaltung erhoben. Nun ist auch gegen einen Beamten Anzeige erhoben. Die Arbeiter sind aber der Meinung, daß durch die betreffende Gerichtsverhandlung die wahren Ursachen nicht ans Tageslicht gefördert werden, es steht zu befürchten, daß nur betreffs der am Unglücksstage getroffenen Anordnungen und Unterlassungen untersucht wird. Aber der Schacht war vorher nicht in Ordnung, das Schachtholz faul, die Fahrten nicht abgefragt u. s. w.

Struh-Weidau: Anlässlich eines Unglücksfalles sagte der untersuchende Assessor zu dem Arbeiter, der, entsprechend der Wahrheit, den Unglücksfall auf die schlechte Beschaffenheit der Fahrten zurückführte: „Sagen Sie das nur nicht so laut, daß es der Obersteiger hört, sonst geht's Ihnen schlecht.“

Huß-Essen: Die vorherige Anmeldung der Inspektionen ist ein 1. del. Die Ursache liegt darin, daß die einzige Parole heißt: Hohe Dividende unter allen Umständen!

Kunnehr gelangte die obige Resolution einstimmig zur Annahme.

Zum Punkt: „Der 10. internationale Bergarbeiter-Kongress in Brüssel“, bestrittwortet Bergmann-Zellhammer, den Kongress zu beschiden. Nach längerer Debatte werden drei Delegierte dazu gewählt, und zwar: Schröder-Dortmund, Heller-Dresden-Revier und Polorny-Mitteldeutschland.

Als Sekretär für internationale Beziehungen wird Heller gewählt.

Zweiter Verhandlungstag.

Halle, den 3. April 1899.

Zum Punkt: „Sanitätswesen auf den Gruben und Hütten“ erhält das Wort Polorny-Mitteldeutschland und führt etwa folgendes aus: Die Natur der Arbeit bringt es mit sich, daß der Bergmann seinen Körper sehr anstrengen muß. Da er aber zu wenig geschützt wird, verbraucht er seine Arbeitskraft viel zu früh auf. Die Gewerbe-Inspektorenberichte lassen die Mißstände auf den Gruben gar nicht deutlich erkennen. Wasräume sind an vielen Stellen gar nicht vorhanden, wo vorhanden, meist vollständig unzulänglich, und werden aus diesem Grunde oft gar nicht benutzt, oder nur als Viehstall. Auf einer Grube in Wenzelwitz müssen sich die Knappen in alten, in die Erde gegrabenen Tümpeln waschen. In Sachsen sagte ein Beamter: die Bergleute benutzen die Waschtümpel doch nicht, dieselben sind daher völlig zwecklos. Notwendig ist auch die allgemeine Einführung des Systems der Kleiderläufigkeit. Sicher ist es auch der Sittlichkeit nicht förderlich, wenn die Bergarbeiter gezwungen sind, sich in ihren beschränkten Privaträumen zu reinigen. Ein Skandal ist es, wie die Kranken behandelt werden. Absolut notwendig ist die Einführung von Sanitätskolonnen, ferner sind hochnotwendig Traggähren. Vielfach ist es vorgekommen, daß Verletzte auf Schieblarren oder Mistwagen forttransportiert wurden. Auf Jeche „Kaiser Friedrich“ sagte der Steiger zu einem Bergmann: „Nun, da können Sie Ihren Finger in den A... stecken. In einem anderen Falle, nach einer Schlagwetter-Explosion sprach der Steiger von „gebratenen Rauten“. Die fortgesetzte Steigerung der Ziffer der an der Barmkrankheit leidenden Bergleute im Ruhrrevier zeigt auch, wie notwendig ein besserer Schutze gegen Verbreitung ansteckender Krankheiten ist. Schon seit Jahren wird die Einführung von Abtrittskübeln in der Grube gefordert, aber fast nirgends sind solche zu finden. Glendig ist die Lage der Grubenschmied in Meiningen. Dort werden im Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen fast allgemein Kinder in der Industrie beschäftigt. Ordentliche Wohnungen haben die Grubenschmied nicht, sie wohnen in Häusern, die als Hühnerställe bezeichnet werden müssen. Die Folgen der miserablen Verhältnisse sind ädredlich. Zum Beispiel rafft die Schwindsucht bei den Knappen im Steinkohlen-Bergbau von 1000 der Beschäftigten 4 hinweg, aber von 1000 Grubenschmiedern legt diese schauerliche Krankheit 640 hinweg.

Nach kurzer Debatte Schluß der Vormittags-Sitzung.

Nachmittags-Sitzung.

Fortsetzung der Debatte, in der die einzelnen Delegierten Mißstände aus den verschiedenen Revieren vorbringen.

Sodann gelangte einstimmig zur Annahme folgende Resolution: Wie die Berichte der Anknappschäftsstellen und Berginspektoren ergeben, hat sich der Gesundheitszustand der berg- und hüttenmännischen Bevölkerung seit Jahrzehnten in erschreckendem Maße verschlechtert. Die Ursache dieser Erscheinung ist zu suchen in der unzulänglichen, meist sogar ganz fehlenden Sicherung der Arbeiter

vor den gesundheitszerrüttenden Einflüssen der Berufsarbeit. Sollen sich die Gesundheitsverhältnisse der Berg- und Hüttenleute bessern, dann sind folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Auf allen Gruben und Hütten sind ausreichende, saubere Wasch- bezw. Badergelegenheiten (Einzelbrausen) zu schaffen. Umkleikabinen sind im unmittelbaren Anschluß an die Reinigungsanstalten zu erbauen.

2. Für die sofortige Hilfe der Verletzten und Kranken sind gut ausgestattete Verbandstuben auf den Werken einzurichten. Für schnelle ärztliche Hilfe muß Vorkehrung getroffen werden. Die Werke sind zu verpflichten, Transportmittel für die Verletzten in der Weise zu beschaffen, daß der Verletzte in humanster Weise fortgeschafft werden kann. Es wird gefordert, daß auf jeder Grube je nach Größe der Belegschaft mehrere Leute vorhanden sind, die mit der ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen durchaus vertraut sind. Zur Ausbildung dieser Leute sollen unsere Anknappschäftsärzte verpflichtet werden.

3. Bei Annahme der Arbeiter hat in peinlichster Weise die ärztliche Untersuchung der Neueinstellenden zu geschehen, um so die Durchsichtung ganzer Belegschaften durch ansteckende Krankheiten zu verhüten.

4. Auf allen Werken ist für ausreichendes, gesundes Trinkwasser seitens der Betriebsleitungen Sorge zu tragen.

5. Alle Werke sind gehalten, genügend große vor Bitterungseinflüssen geschützte, saubere, erwärmte und erleuchtete Räume zu stellen, in denen die Arbeiter ihre Mahlzeiten einnehmen, die Lohnzahlungen entgegennehmen und den Beginn der Schicht abwarten können.

Werden diese Schutzmaßnahmen getroffen, ihre strikte Befolgung gesetzlich geboten und ständig überwacht, dann wird zweifellos der ständig fortschreitende Rückgang der Berg- und Hüttenarbeiter Deutschlands aufgehalten.

Zum Punkt: „Lohn- und Arbeitsverhältnisse im deutschen Bergbau“ referierte

Sachsje-Weidau: In der Unternehmerpresse heißt es fortgesetzt: Die Löhne der Bergarbeiter sind gestiegen. Wie sieht es aber damit aus? Gewiß haben einzelne Reviere kleine Steigerungen zu verzeichnen. Die Steigerung ist aber gering. So stieg der Lohn im Durchschnitt in Oberschlesien von 2,66 M. pro Kopf und Schicht im Jahre 1897 auf 2,80 M. in 1898. In Niederschlesien war die Steigerung noch niedriger, bloß 1 Pf.: von 2,04 M. auf 2,65 M. Im Ruhrrevier stieg der Lohn von 3,77 M. auf 3,82 M. und im Saarrevier von 3,38 M. auf 3,43 M. Das ist eine ganz minimale Steigerung, die meist noch erzielt wurde, weil die Schichtzeit meist überall verlängert wurde. In Sachsen betrug die Steigerung in den letzten fünf Jahren 17 Proz. Die Dividende der Unternehmer stieg um 85 Proz. in derselben Zeit. Die Anordnungen der Bergbehörde betr. Arbeitszeit werden streupellos übertreten. Die Erfahrung hat es uns gelehrt, daß wir seitens der Regierung wenig Förderung nach dieser Richtung zu erwarten haben, wollen wir etwas erreichen, dann müssen wir organisieren und selbst für Aemter sorgen. Wie es mit der Steigerung der Löhne eigentlich bestellt ist, mag folgende Statistik belegen.

Die Durchschnittsdividende betrug im Jahre 1896 5 1/2 Proz., 1897 11 Proz. Das ist eine Steigerung von 100 Proz. Auch folgende Aufstellung ist sehr lehrreich. Im Weidauer Revier stieg der Wert der Förderung von

Table with 2 columns: Year and Value. 1894-95 um 1 536 581 Mark, 95-96 899 982, 96-97 1 024 972. Die Löhne stiegen von 1894-95 um 595 088 Mark, 95-96 784 776, 96-97 494 974. Es verteilten pro Aktie an Dividende: 1894-1897. Ergebnis: 40-95; das ist eine Steigerung um 85 Proz. Bürgerstadt 100-320, 100-320, 100-320, 100-320, 100-320, 100-320.

Wir müssen ganz entschieden für Verbesserungen eintreten, daher ersuche ich Sie, einstimmig folgende Resolution anzunehmen:

In Erwägung, daß die Berg- und Hüttenarbeiter nicht nur die schwersten und gefährlichsten Arbeiten verrichten müssen, sondern auch daß die Arbeiter meistens unter den Umständen im Bergbau bei schlechter, giftiger Luft, bei großer Hitze oder auch bei unvermeidlicher Kälte und in den Hütten bei schädlichem Rauch und Staub und glühenden Öfen u. s. w. ausgeführt werden müssen, erklärt der Kongress es für dringende Notwendigkeit, baldigst einen gesetzlichen, achtstündigen Maximal-Arbeitstag einzuführen und die Frauenarbeit im Bergbau zu arbeiten.

In fernerer Erwägung, daß bei den schweren Arbeiten auch die Menschen bald aufgerieben und invalide werden, wenn sie nicht besonders kräftige und gute Nahrung zu sich nehmen können, fordert der Kongress als angemessene Lohnentschädigung einen Durchschnittslohn von 5 M. pro Tag.

Der Kongress fordert schließlich alle Berg- und Hüttenarbeiter auf, sich zu organisieren, um diese Forderungen und auch die möglichste Befestigung der Accordarbeit erreichen zu können.

Es werden noch einige, gleiches bezugende Anträge eingebracht.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Blumen-spenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters und sorgsamem Gatten sagen wir allen Bekannten, Freunden und Kollegen unseren innigsten Dank. Die tiefbetäubten Hinterbliebenen: Fr. Below, Hedwig Below.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes Paul Zorsch sage allen Beworben und Genossinnen des 6. Wahlkreises, insbesondere dem Gewerkschafts-Vorstand „Vorwärts“ meinen aufrichtigsten Dank. 24618 Die trauernde Witwe Martha Zorsch.

Dankagung.

Hiermit sage ich allen Verwandten, Bekannten und Freunden, besonders dem Central-Verein der Maurer, Jagststraße Alt-Glückstadt, dem Antikensverein „Vereinte Kraft“ zu Alt-Glückstadt und den Bergleuten und Bauarbeitern der Firma Grefel in Epenick meinen herzlichsten Dank für die rege Teilnahme und die schönen Kranzspenden beim Begräbnis meines lieben Sohnes, des Maurer-Vergewerks Otto Erdemann. 24548 Alt-Glückstadt, den 4. April 1899. Robert Erdemann nebst Familie.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von

Robert Meyer, No. 2. Mariannenstr. No. 2. Wohnung: Rönze, Gutzlauer, Ball-pränzhofen, Bouquetts etc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert.

Buchdrucker!

Den Buchdruckern Berlins und außerhalb zur Kenntnis, daß die Buchdruckerei von G. Schenk, Hollmannstr. 9/10 wegen Beschränkung der Koalitionsfreiheit und sonstiger Mißstände für Verbandsmitglieder und tariffreie Gehilfen gesperrt ist. S. H. Alb. Nassini.

Achtung für Ausflügler! Schöner schattiger Garten und Tanzplatz für Sonn- und Feiertage noch frei. Den Vereinen bestens empfohlen. Kaffeestube Adlershof bei Berlin, Bismarck-Strasse 10, geöffnet.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Vorträts sozialistischer Führer. Tafel, Waage etc. in Eisen, Messing, Kupfer, Zinn, Silber, Eisen u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisstaurant.)

Möbel und Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrik-Preisen. Eigene Werkstätte im Hause. 11168 Tischlermeister, Bukow, Invalidenstr. 13. Lager: Pariser u. I. Elege.

Für 30 Mark fertige hochseine Kleidung nach Maß, für 30 M. fertige feine Sommer-Jackets nach Maß. 8222 Riesenstofflager Krausenstr. 14. 1 (fein Laden).

Neue freie Volksbühne. Sonntag, den 9. April 1899, nachmittags präzis 1/3 Uhr, im Ostend-Carl Weiss-Theater: Iphigenie auf Tauris.

Schauspiel in 5 Akten von E. v. Goethe. Regie: Cord Nachmann. — Iphigenie: Fr. Marianne Marion vom Festspieltheater. 150/4 Die Verlosung der Plätze beginnt 1/2 Uhr. — Die Mitglieder werden dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen. Einige Neuaufnahmen werden noch durch die Zahlstellen sowie durch Unterzeichneten vorgenommen. Sonntag, den 19. April, nachmittags 3 Uhr: Extra-Vorstellung im Festspieltheater: Die Jüdin von Toledo. Trauerspiel in 5 Akten von Grillparzer. Karten sind am Sonntag bei den Ordnern im Theater zu haben. N. H. Ad. Löh, Kassierer, Kärstr. 38 II.

Antertigung eleg. Herren-Garderobe nach Maß. Constante Zahlungsbedingung ohne Preisanschlag. A. Marcus, Schneiderstr., Kärstr. 29.

Fahrräder. Etwa großes Lager erstklassiger Fabrikate auf 14129.

Theilzahlung ohne Preisermäßigung zu den kassierten Zahlungsbedingungen. Ratage gratis. Wenig gebrauchte Räder für Herren u. Damen zu billigen Preisen unter Garantie.

Adomeit & Landau Lothringerstr. 48 I. Licht am Rosenhäger Thor.

Orts-Frankenkaße d. Maurergewerbes.

Generalversammlung der Vertreter der Kassienmitglieder und Arbeitgeber am Donnerstag, den 13. April cr., abends 8 1/2 Uhr, im 6. Armulienk. Kommandantenstr. 20. Tages-Ordnung: 1. Vorlesung des Berichts und Rechnungs-Abschlusses für das Jahr 1898. 2. Bericht des Ausschusses über die vollzogene Rechnungsprüfung und Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresrechnung. [24478] 3. Antrag auf Bewilligung einer Entschädigung für die Kassienmitglieder des Rechnungsausschusses. 4. Mitteilungen des Vorstandes. Berlin, den 6. April 1899. Der Vorstand. A. Daehne, Vors. A. Kalpin, Schriftf.

Achtung! Isolierer u. Rohrmühler!

Die arbeitstollen Kollegen werden ersucht, sich in unserm heutigen Vereinslokal Dragonerstr. 15 bei Herrn W. Lange um neuen im Arbeitsnachweis einzutragen zu lassen. Die nächste Mitgliederversammlung findet dortselbst am Mittwoch, den 19. April statt. 296/7 Der Vorstand. GENERAL-Fundbureau, Charlottenstr. 93.

Stempel jeder Art. H. Guttman Brunnenstr. 9. Image of a stamp.

